SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

48/49

- 9 .9 0

15. 6. 1970

DISKUSSION DER SC

EINIGE THESEN ZUR SOZIALISTISCHEN CORRES-ONDENZ

Ausgangspunkt für die Diskussion um die Sozialistische Correspondenz und eine mögliche neue Redaktion muß der inhaltliche und organisatorische Stand der einzelnen Gruppen sein, wobei deren eigene Einschätzung als nichtrevisionistische Gruppen zunächst ernstzunehmen und in den folgenden Diskussionen zu überprüfen ist.

Im gegenwärtigen Stadium, in dem einige Gruppen einigermaßen konsolidiert und die inhaltlichen Diskussionen an einzelnen Punkten zu praktischen Konsequenzen vorangetrieben sind, ist es notwendig und möglich, die inhaltliche Diskussion öffentlich und auch unter der Perspektive des Aufbaus einer zunächst lokalen sozialistischen Organisation zu führen.

Einer der Diskussionspunkte um Inhalt und Funktion der SC ist der Vorschlag der Pädagogengruppe, im Laufe eines Jahres vier gemeinsame Seminare zu den Themenbereichen Gewerkschaften, Studenten- und Arbeiterbewegung, Revisionismus und Klassenanalyse zu machen und kontroverse Positionen an diesen Punkten zu klären. Wir halten es für notwendig, nicht nur ein Arbeitsprogramm zunächst für das erste dieser Seminare zu entwickeln, sondern die Diskassion um die inhaltlichen Punkte sofort zu beginnen, in der Vorbereitung das erarbeitete Material zu veröffentlichen und zu versuchen, auf dem Seminar selbst die zuvor in öffentlicher Diskussion erarbeiteten kontroversen Standpunkte, die Arbeitshypothesen und die überhaupt für den Fortschritt der Gruppen im Moment relevanten Punkte zu klären. Würde man diese Diskussion auf das Seminar selbst vertagen, könnte es leicht den -uneinlösbaren- Anspruch genereller und grundlegender theoretischer und dann praktischer Klärung des Gegenstandes usurpieren; ein solches Seminar kann aber nur dann politische und organisatorische Ergebnisse erzielen, wenn seine Inhalte auch als schon praktisch-politische Gegenstände der Gruppen in bezug auf ihre nächsten Schritte diskutiert werden.

Eine der Aufgaben der Sozialistischen Correspondenz wäre also die Vorbereitung derartiger Seminare: auch in der Perspektive, die politische Funktion der Seminare selbst zu klären. Eine Voraussetzung für ihr Gelingen ist die öffentlich diskutierte Vorbereitung.

INHALT	
NEUE REDAKTION, ANSCHRIFT, KONTO	2
DISKUSSION DER SC Betriebsprojektgruppe Pädagogen-Gruppe Kommunistische Gruppe	.1 3 4
VORBEREITUNG DER ARBEITSKONFERENZ Betriebsprojektgruppe Basisgruppe Politologie	6
SELBSTDARSTELLUNGEN EINZELNER GRZN Pädagogen-Grüppe Stadtteilgruppe Gallus	PP IN 12 23
BEITRÄGE ZUM KAMBODSCHA-TEACH-IN Historische Entwicklung Zum Verhältnis BRD-USA Organisation und Gewalt	25 29 33

Der zweite inhaltliche Punkt der Sozialistischen Correspondenz wäre die Diskussion un die organisatorischen Schritte, die parallel zu der Vorbereitung und Durchführung von Arbeitskonferenzen zu laufen hätte, da die sozialistische Organisation nicht einfach Endpunkt einer Reihe von Seminaren, sondern in gleichem Maße Ergebnis praktischer Zusammenarbeit ist, wie sie bei der Vorbereitung der Kambodscha-Demonstration unzureichend stattfand oder im Moment beispielsweise zwischen Pädagogen und Kommunistischer Gruppe in der Chemie-Agitation oder zwischen Schülerzentralrat und Pädagogen im Grund- und Berufsschulbereich stattfindet.

Die Diskussion allein der für die Seminare genannten Themenbereiche ist jedoch inhaltlich beschränkt. Zum Aufbau einer politischen Urganisation, zumal wenn sie nicht auf Betriebsarbeit beschränkt sein soll, sind Analysen und Stellungnahmen zu aktuellen politischen Entwicklungen und Ereignissen unter der Perspektive von Selbstklärungsprozessen und agitatorischer Umcetzung und Umsetzung in Form von Aktionen notwendiger Bestandteil (im Moment beispielsweise der Indochinakrieg und die Kambodscha-Demonstration, Gewaltproblematik (Befreiung von Baader), ähnlich Unione-tegische Diskussion zu informieren, wäh-Papier etc.). An diesen Punkten wird klar, daß die Redaktion auch eine gewisse selbst-beit bestimmt und die Entstehung ähnliständige Arbeit zu leisten hat, da solche Analysen und Stellungnahmen nicht automatisch aus der Diskussion der Gruppen herworgehen, nicht einmal automatisch zum Dis-füllen. Dessen Inhalte sind unabhängig dakussionspunkt werden, sie gleichzeitig aber von zu diskutieren. notwendige Bestandteile des politischen Bewußtseins der Gruppen werden müssen und spätestens an den Punkten, ob und wie sie agitatorisch ungesetzt werden, zu Punkten

der politischen Auseinandersetzung der Gruppen werden.

Die Zielgruppen der Sozialistischen Correspondenz zu klären ist auf diesem Hintergrund einigermaßen einfach: zunächst ist sie Diskussionsorgan der beteiligten Gruppen selbst und jener Gruppen außerhalb von Frankfurt, die vor ähnlichen Problemen stehen. Ebenso hat sie die Aufgabe, dabei zu helfen, bei den verstreuten Genossen ein auf die konkrete historische Situation bezogenes politisches Bewußtsein zu entwickeln, auch wenn das bei diesen Genossen zunächst zu keinen unmittelbaren praktischen Konsequenzen führt. Der schwierigste Punkt ist die Bestimmung des Verhältnisses zu schon organisierten proletarischen Genossen wie beispielsweise den Roten Panthern, die, solange sie als einzelne Gruppen oder als nur wenige Gruppen existieren, sich schwerlich an der Redaktionsarbeit oder an Koordinationstreffen überwiegend studentischer Genossen beteiligen werden (das ist damit auch kein Problem der SC allein), sondern wahrscheinlich erst dann, wenn sie eine größere eigene Stärke gewonnen haben. Vorläufig jedenfalls muß die SC für sie die Aufgabe erfüllen, sie zumindest über eine öffentlich geführte strarend parallel dazu Punkte der Zusammenarcher Gruppen unterstützt wird. Die politische Funktion eines Agitationsblattes kann die Sozialistische Correspondenz nicht er-

Als vorläufige Lösung schlagen wir vor, daß jede Gruppe Delegierte in die Redaktion der zunächst vierzehntägig erschei-

REDAKTION

Basisgruppe Politologie, Betriebsprojektgruppe, Kommunistische Gruppe, Pädagogen-Gruppe, Sozialistische Arbeitergruppe, Stadtteilgruppe.

Redaktionsanschrift: (keine Einschreibeoder Geldsendungen!)

Sozialistische Correspondenz 6000 Frankfurt 1 Postfach o.Nr.

ABONNEMENTS

Die Sozialistische Correspondenz erscheint daß wir die Einzelabonnements ganz abvorerst 14-tägig. Die alten Abonnements sind ungerechnet worden. Die Zahl auf dem Unschlag rechts neben der Adresse ist die 2 Nummer, mit der das Abonnement ausläuft.

Um den technischen Apparat so klein wie möglich zu halten: Bestellungen per Bestellschein oder Brief werden nicht mehr angenommen, sondern nur noch durch Überweisung auf unser Postscheckkonto Frankfurt 31 31 45, Kontobezeichnung"Thomas Schmid Sonderkonto Sozialistische Correspondenz."

Der Preis beträgt einheitlich DM 1.- im Abonnement und in den Buchhandlungen. Bei Abonnements sind mindestens 3M 10.- zu überweisen. In den Städten mit linken Buchhandlungen bitte die SC unbedingt in den Buchhandlungen kaufen, damit unsere Versandarbeiten nicht so sehr anwachsen, schaffen oder ihren Preis erhöhen müssen.

Druck: Eigendruck Herausgeber: Burkhard Bluem

nenden Sozialistischen Correspondenz schickt auf der Ebene der oben genannten Punkte, daß die Redaktionstreffen gleichzeitig dem Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Gruppen dienen und ansonsten die Dienstagsplenen zu Aktionsvorschlägen oder zu Vorbereitungsdiskussionen der Seminare von Fall zu Fall einberufen werden.

Betriebsprojektgruppe, 26.5.

Der folgende Text war von den "Pädagogen" als Vorschlag zu einem Editorial für die neue "Sozialistische Korrespondenz" eingebracht worden und sollte einen Kompromiß darstellen. Inzwischen ist Einigkeit darüber hergestellt worden, daß jede Gruppe eine eigene Einschätzung der künftigen Funktion des "Sozialistischen Korrespondenz" 😽 geben wird. Der "Pädagogen"-Vorschlag wird zur Information und Dokumentation abgedruckt; die Vorstellungen der "Pädagogen" finden sich teils in ihrer Selbsteinschätzung in dieser Nummer, teils werden sie in einer der folgenden Nummern explizit vorgetraggen werden.

"Pädagogen"-Vorschlag zum Editorial

Die September-Streiks führten in Frankfurt in einer Phase der fortschreitenden Desorganisation der Studentenbewegung zur Bildung neuer Gruppierungen, deren zumindest propagiertes gemeinsames Primat die politische Arbeit im Produktionssektor ar. Die ML und die Kommunistische Gruppe nahmen (wie letztlich auch die Betriebsprojektgruppe) die Septemberstreiks ebenso zum Anlaß wie zur Legitimation ihrer strategischen und organisatorischen Einschätzungen. Diese Verlagerung der Interessen- und Diskussionsschwerpunkte konnte für die Kommunikationsund Kooperationsmöglichkeiten der Frankfurter Gruppen nicht ohne Folgen bleiben, wie der vergebliche Ansatz über Vietnam-Demonstrationen im November und Dezember zeigte, ein Totalitätsbewußtsein von Her Entwicklung revolutionärer Kämpfe vermitteln zu wollen.

Zum 1. Mai versuchten indessen wiederum einige Frankfurter Gruppen (ohne ML und "Rote Linie" der KG) diese Kooperation und Kommunikation

zwischen den einzelnen Gruppen für eine gemeinsame 1. Mai-Veranstaltung in Gang zu setzen. Die Gründe für das Scheitern dieser Kooperationsbemühungen sind identisch mit denjenigen gewesen, die Anlaß für diese Kooperationsbedürfnisse gewesen waren: die fehlende thoretische Arbeit und organisatorische Stabilität der Gruppen führten dazu, daß diese über sich selbst hinaustreten woll ten in einer Situation, in der ihre gruppenbornierte Handwerkelei sie nur immer wieder auf ihre Unfähigkeit zu langfristiger organisierter Arbeit hingewiesen hatte. Gleichzeitig waren dies aber eben die Bedingungen, die einen organisatorischen und analytischen Beitrag zu Agitations- und Propagandazwecken verhindert hatte. Das Scheitern aus formalen Gründen war bloß noch ein Vorwand für den Abbruch der Aktionsvorbereitungen.

Die unverbindliche, pluralistische und politisch wirkungslose Publikationstätigkeit im SC-Info war nur immer der sichtbare Ausdruck des miserablen theoretischen und organisatorischen Niveaus der Frankfurter Studentenbewegung, das noch immer hier mitgeschleppt wurde, wie auch des falschen pluralistischen Verständnisses von politischer Öffentlichkeit, dem der "Sozialistische Club" und die SC-Info-Redaktion anhingen.

Auch die Spaltung der Redaktion einerseits in die "Rote-März-Fraktion" und andererseits in eine Ansammlung von Individuen divergierender Interessenlage und Gruppenzugehörigkeit wirkte sich auf die inhaltliche Gestaltung des Info wwf und auf dessen politische Wirksamkeit nicht aus.

Immerhin erreichte die Rote-März-Fraktion dann den endgültigen Bruch in der Redaktion und insofern die erste politische Diskussion über das Info, indem sie sich gegen das Redaktionsverhalten einiger andeer Genossen in der Redaktion wandte und damit die Mehrheit der Redaktion zu Maßnahmen zwang, um die Info-Gestaltung, die politische Funktion und den Herausgeberkreis zu ändern. Mit dem Vorschlag an einige andere Gruppen, die in Frankfurt als "arbeitende" sich ausgeben, eine Redaktion aus Delegierten zu bilden, entfachten die Redaktionsmitglieder, die nicht der Rote-März-Fraktion zuzurechnen waren. eine Diskussion unter den interessierten Frankfurter Gruppen (so ziemlich alle außer der KPD/ML).

Dieser Vorschlag wurde in einer Situa- 3

tion möglich, in der die Kambodscha-Demonstration und deren theoretische, agistorische und organisatorische Vorbereitung und Durchführung kurz zuvor die Wiglichkeit der partiellen Kooperation und Aktionseinheit in einem für Frankfurter Verhältnisse beachtlichen Maß bewiesen hatte. Die Gründe hierfür sind erst nach einer präziseren Selbsteinschätzung der einzelnen Gruppen bezüglich ihrer organisatorischen Perspektiven genau anzugeben. Der Handlungs- und Solidaritätszwang in Mer Kambodscha-Frage hat indessen verhindert, daß die angestrebte Aktionseinheit unter den nicht-revisionistischen Gruppen - wie beim 1.Mai ein weiteres Mal verhindert werden konn-

Bezüglich des SC-Info glaubte die Betriebsprojektgruppe jedoch zunächst, daß es mit ähnlicher inhaltlicher Gestaltung und nur von anderen Personengruppen herausgegeben werden sollte. Der kommunikative und imbrmatorische Effekt dieser Gruppenpartizipation würde – so vermutete die BPG – schon eine politischere Publikationstätigkeit deshalb begründen, weil die einzelnen Gruppen sich über ihre jeweiligen Beiträge zu verständigen und über sie zu diskutieren hätten.

Die "Pädagogen"-Gruppe hingegen machte - zusammen mit der KG - ihre Unterstützung abhängig vor allem davon, daß aus der bisherigen handwerklerischen Theorie und Praxis, die im Info bloß ihren adäquaten Niederschlag gefunden hatte, die Konsequenzen gezogen würden. Sie schlugen vor, daß die künftige SC-Info-Rublikationstätigkeit ganz gezielt in den Dienst der theoretischen und organisatorischen Auseinandersetzung, der politischen Fraktionierung oder Vereinheitlichung gestellt werden müsse. In einer Reihe von langfristig geplanten Arbeitskonferenzen der Frankfurter antirevisionistischen Gruppen sollten die zentralen Punkte in der dderzzeitigen programmdiskussion erarbeitet werden, um überhaupt die Grundlagen nicht nur für eine organisatorische Vereinheitlichung oder Auseinandersetzung, sondern vor allem für die anzustrebende praktische Politik zu schaffen. Plattform dieser Diskussion zur Vorbereitung und Dokumenation dieser Arbeitskonferenzen sollte das SC-Info sein.

Ergänzt werden sollten diese Beiträge durch die Kritik der einzelnen Gruppen untereinander, durch Selbstdarstellungen dieser Gruppen über ihre Arbeit und durch Beiträge zur aktuellen politischen Lage (Beispiel: Kambodscha).

Die Themen, die von den "Pädagogen" für die Arbeitskonferenzen vorgeschlagen wurden, lauteten:
Gewerkschaftsfrage,
Revisionismusfrage
Imperialismus und revolutionäre Befreiungsbewegungen
Verhältnis von Studenten- und Arbeiterbewegung
Klassenanalyse unter Einbeziehung einer Tendenzanalyse des Spätkapitalismus im Produktions- und Ausbildungssektor.

Mit der Gewerkschaftsfrage sollte begonnen werden - obwohl eigentlich die Klassenanalyse für alle Programmpunkte Voraussetzung wäre -, weil das Gewerkschaftsproblem vor allem für die Betriebsarbeit von KG, SAG, Betriebsprojektgruppe, aber auch für die Pädagogen und Politologen zur Einschätzung ihrer eigenen Arbeit wie auch für die Bestimmung von Kriterien für die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen wichtig ist.

STELLUNGNAHME DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE

Die spontanen Lohnkämpfe der Arbeiter im September fielen zusammen mit dem notwendigen Verfall der antiautoritären Revolte der Studenten und der Einsicht in ihren bornierten gesellschaftlichen und politischen Charakter. Aus der (falsch abstrakten) Fragestellung des Verhältnisses der revolutionären Intelligenz zu den spontanen Kämpfen der Arbeiter ergab sich in der Kommunistischen Gruppe schon rasch die (richtigere) Frage nach dem agitatorisch-propagandistischen Verschärfen von Widersprüchen und der Organisierung politisch bewusster wie auch syndikalistisch radikalisierter Arbeiter. Das bedeutete - für die KG wie einige andere Gruppendie vorrangige Notwendigkeit einer Arbeit im Produktionssektor.

Dieser Schritt - zu dem freilich eine Arbeit etwa in bestimmten proletarischen Wohnvierteln oder mit Lehrlingen sich rasch in einer sinnvollen Weise komplementär verhalten kann - stellt aktuell den entscheidenden qualitativen Sprung für die Arbeit von Intellektuellengruppen dar.

Demgegenüber waren die Versuche der "Vereinheitlichung" der Pluralität Frankfurter Gruppen zum 1. Mai noch einmal ein falscher Ansatz, eine ungebrochene Kontinuität zu konstruieren zwischen der "Bewegung der Studenten, Schüler, Lehrlinge und jungen Arbeiter", als welche die Studentenbewegung sich letzthin apologetisch getarnt hatte, und den neuen Ansätzen einer Arbeit im Froduktionssektor.

Infolgedessen vertrat die Kommunist. Gruppe in den Diskussionen über gemeinsame Aktionen zum 1. Mai konsequent den Standpunkt, dass es falsch und voluntaristisch wäre, den 1. Mai in Form einer "exemplarischen Aktion" als Kampftag der Studenten zu begehen, oder auch so, dass dort stellvertretend für das Proletariat dessen Interessen artikuliert würden.

Mai-Aktion war insofern, aus der Perspektive der KG, nicht Ergebnis einer bedauerlichen organisatorischen Schwäche der diversen Frankfurter Gruppen, sondern der richtige Ausdruck kontroverser Einschätzungen hinsichtlich der anzugehenden politischen Aufgaben, insbesondere hinsichtlich der aktuellen Priorität der Arbeit im Froduktionsbereich.

Von etwas realistischeren Voraussetzungen gingen die Diskussionen um das SC aus. Aber auch dafür muss festgehalten werden, dass es keinen Sprung in die "Vereinheitlichung" gibt. Sie kann sich nicht herstellen als ppurtunistisches Nivellieren der widersprüchlichen Einschätzungen in einem organisationsformalen Vorgang, sondern nur in der Weise von Entwicklungsprozessen, die die ideologisch und praktisch beliebige Gruppenpluralität aufheben.

Die projektierten Arbeitskonferenzen bieten die Möglichkeit,
sowohl die Arbeit an vorrangig
wichtigen theoretischen Fragen
voranzutreiben, wie auch anhand
dessen Grundsatzdebatten zu führen, die die Richtigkeit oder
Falschheit eines Standpunkts
auch an der Praxis der jeweiligen Gruppe messen. Vorrausgesetzt, dass eine Praxis nachweisbar (oder mindestens im Sta-

dium fassbarer Vorbereitungen)
ist.

Die Diskussionen um die Vorbereitung der ersten AK - zur Gewerkschaftsfrage - bezeichneten bereits grundlegende Differenzen zwischen den Gruppen und das unterschiedliche Interesse an gemeinsamer Arbeit: während die im Produktionsbereich arbeitenden Gruppen den Schwerpunkt auf eine strategische Einschätzung der Gewerkschaften legen wollten, wie sie für die Arbeit dieser Gruppen unerlässlich ist, beabsichtigten die Politologen - und zunächst auch die Pädagogen - eine historisch-matrialist. "Aufarbeitung" der Gewerkschaftsfrage, ohne für sich die Verwertungsmöglichkeit und das Interesse an einer solchen Untersuchung angeben zu können. Damit drohte die erste AK zu einem linken ausseruniversitären Seminar zu werden, auf dem politische Diskussionen unddamit eine notwendige Fraktionierung nicht möglich gewesen wäre.

Von daher ist es nur konsequent, dass der ursprüngliche Plan einer"interfraktionellen" Vorbereitung der AK zunächst aufgegeben wurde. Eine Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsfrage ist nur mit den Gruppen
politisch sinnvoll und folgenreich zu führen, für die sich
die Einschätzung der Gewerkschaften überhaupt als prakt isches Problem stellt.

Wir werden vorraissichtlich im nächsten SC-Info veröffentlichen, mit welchen Schwerpunkten und welcher Methode wir die Gewerkschaftsfrage bearbeiten.

SOZIALISTISCHE HILFE

Medizinische Beratungsstunde donnerstags ab 20.30 Uhr im SC-Büro

Beratungsstunde für Kinderund Schülerkollektive montags: 18.00 bis 20.00 Uhr im SC-Büro

Telefon: 55 72 37

VORBEREITUNG DER ARBEITSKONFERENZ

chefts-Arbeitskonferenz teilnehwen wollen, haben sich auf folgentes geeignigt:

vie exakte Systematisierung der Frage net sich als schwierig erwiesen. Deshalb ist die Systematik des Themas "Gewerkschaften" und die Formulietung politischer Fragestellungen den Gruppen überlassen worden. Die analytische Grundfrage ist die nach dem Verhältnis von politischem zu ökonomischem Kampf.

Zum anderen ist es vor allem unter berücksichtigung der Ziele, die die AK erreichen soll, wichtig, daß die Gruppen in der eigenen Erarbeitung des Materials ihre Standpunkte klä-ren, sich in dieser Frage eine Identität zu verschaffen suchen, die über die bisherige unobjektivierte und zufällige hinausgeht.

Es bleibt den Gruppen unbenommen, im Verlauf ihrer Diskussionen mit anderen sich zu einigen oder in bestimmten Fragen mit ihnen zusammenzuarbeiten. Die Gruppen sind verpflichtet, ihre einzelnen vorläufigen Diskussionsergebnisse im SC-Info zu veröffentlichen.

THEMENVORSCHLAG ZUR ARBEITSKONFERENZ

Die Gewerkschafts-AK soll der Vorbereitung unserer praktischen Arbeit im
Produktionsbereich dienen. Dazu wird
es wichtig sein, die politischen Inhalte unserer Agitation, Aktionen,
deren Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeit in taktischem Bezug
auf die Gewerkschaften zu analysieren.

Von den am pädagogischen Seminar arbeitenden Genossen kam der Vorschlag, folgende Themen zu behandeln:

- Septemberstreiks
- Lohnpolitik
- Vermögensbildung
- Mitbestimmung
- SPD/FDP-Koalition
- Strategie.

Wir greifen diesen Vorschlag auf und wollen im Rahmen dieses Beitrags versuchen, zur Strukturierung der genannten Themenbereiche allgemeine politische Einschätzungen zu geben.

1. Analyse des Reformismus und Revisionismus

Wenn wir uns heute als antirevisionistische Gruppen bezeichnen, so ist das unter anderem ein Ergebnis unserer eigenen politischen Erfahrung mit SPD und Gewerkschaften, vor allem im Kampf gegen die Notstandsgesetze. Darin ging man allerdings von der Annahme aus, die Politik der SPD sei heute noch mit dem Begriff des Revisionismus zu bezeichnen, der historisch während der II. Internationale ohne Zweifel eine treffende Einschätzung der Sozialdemokratie darstellte. Man muß aber sehen, daß man spätestens seit dem Godesberger Programm die SPD nicht einmal mehr als sozialreformerische Partei ansehen kann. Mit der parlamentarischen Machtergreifung der SPD, die mit einiger Verspätung gegenüber vergleichbaren europäischen Industrieländern erfolgte, ist die SPD endgültig zu einer technoktatischen Reformpartei des Kapitals geworden.

Die einzige gesellschaftlich relevante Kraft in der Bundesrepublik, die heute als Organisation der Arbeiterklasse bezeichnet werden kann, sind die Gewerkschaften. Sie stehen ihrem Selbstverständnis nach fest auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie, deren politische Verwirklichung als soziale Demokratie sie traditionell arbeitsteilig der SPD überlassen.

Innerhalb dieses politischen Bezugsrahmens entwickeln sie beschränkte Konzeptionen, die für die in dem als gesellschaftlicher Teilbereich definierten Produktionsbereich (im weiteren Sinne) abhängig Beschäftigten bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen sollen.

Durch diese Konzeption ihrer Arbeit sind die Gewerkschaften notwendig an die SPD gebunden - und zwar in einer Weise, daß sie immer weniger eine originäre politische Kraft darstellen, vielmehr selbst in ihrem eigenen Bereich, der wesentlich der des Lohnkampfs ist, unter politische Kontrolle geraten; relevante und organisierte innergewerkschaftbiche Opposition ist damit unmöglich. Dies ist die deutliche Lehre, die wir aus unserem früheren Engagement in der

Bildungsarbeit "linker Gewerkschaften" und dem "gemeinsamen Kampf" gegen die Notstandsgesetze ziehen mußten. Zugleich wurden uns dadurch auch die Grenzen der Einwirkungsmöglichkeit von außen, insbesondere im Hinblick auf das Herausbrechen oppositioneller Kader deutlich. Wie das bremer Beispiel der "Arbeiterpolitik" zeigt, sind auch die bewüßtesten Arbeiter dazu nur nach langen eigenen Kampferfahrungen bereit.

Heute jedoch stellt sich uns das Problem der Gewerkschaften ganz anders als vor 3 bis 4 Jahren: wir sind kein Studentenverband mehr, der - qua Studentenverband seine Arbeit in und später gegen die Gewerkschaften als organisierte Praxis verstehen mußte; unsere prinzipielle Gewerkschaftskritik, die wir dabei erarbeiteten, hat in Bezug auf unsere Betriebsarbeit keinen politischen Gehalt, sie muß daher neu formuliert werden. Bei unserer Arbeit in Betrieben und mit Arbeitern müssen wir uns i den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen nach Maßgabe dessen verhalten, was unsere Schritte der Herausbildung selbständiger, nicht integrierbarer Arbeitergruppen nützen; in dieser Arbeit stellen die Gewerkschaften mit ihrer Integrationsfähigkeit und ihrem Vorsprung an technischer Organisiertheit einen politischen Faktor dar, den wir sehr genau einschätzen müssen. Dabei ist es notwendig, zwischen den Gewerkschaftsorganisationen mit ihrer politischen Abhängigkeit und den Inhalten, auf deren Vertretung sie bisher das Monopol haben, zu trennen.

2. Analyse der Funktion des gewerkschaftlichen Kampfs

Wir gehen deshalb davon aus, daß in Bezug auf die Lohnkämpfe der Gewerkschaften die ualifizierung als per se reformistisch oder revisionistisch keinen Sinn ergibt, scndern wollen unter diesem zweiten Aspekt die Bedingungen untersuchen, unter denen die Forderungen und Kampagnen der Gewerkschaften (früher auch der SPD und KPD) reformistisch oder revisionistisch geworden sind und werden. Unter diesem Aspekt sind die von den Pädagogen genannten und am Anfang unseres Papiers zitierten lunkte zu behandeln, erweitert auf jeden Fall noch um betriebsnahe Tarifpolitik und konzertierte Aktion. Die These, daß die Integrationsfähigkeit dieser Forderungen und Kampagnen nur im Rahmen einer revolutionären Strategie aufgehoben werden kann, die diese ständig praktisch vorantreiben muß, muß möglichst weitmehend konkretisiert werden; es müssen

Kriterien wie Solidarisierungsfähigkeit, Organisationsfähigkeit, Identifizierung von Fraktionen unter der Arbeiterschaft, Politisierung etc. entwikkelt und politisch aufeinander bezogen
werden und an Beispielen (aus den praktischen Erfahrungen anderer deutscher
Gruppen und existierenden Klassenkümpfen) diskutiert werden. Katerial dazu:
Beispiele aus der eigenen Agitation,
der aus Frankreich und Italien.

3. Probleme der Organisation

Wir müssen bei unserer politischen Tätigkeit unter Arbeitern von der Vermutung ausgehen, daß Nichtmitgliedschaft in den Gewerkschaften wahrscheinlich keineswegs Manifestation politischen Bewußtseins ist, vielmehr eher als Ausdruck von "Apathie" zu verstehen ist (die Fragwürdigkeit dieser oberflächlichen Annahme macht einen kritischen Rekurs auf die Analysen der empirischen Sozialforschung nötig). Gewerkschaftsmitgliedschaft ist dagegen ixt wohl Ausdruck eines fortgeschritteneren Bewußtseins. dem zumindest die Notwendigkeit der organisierten Interessenvertretung einsichtig ist. Daher haben antigewerkschaftliche Parolen, solange sie sich nicht aus dem organisierten Kampf ergeben und ihn vorantreiben, keinen genauen Adressaten und sind damit politisch sinnlos und gefährlich. Unsere Aufgabe in der Arbeit in Betrieben und mit Arbeitern ist es, Konfliktpotentiale zu entwickeln, in denen Solidarität praktisch zu erfahren ist und die nicht-itegrierbare organisatorische Ansätze schaffen; politisches Bewußtsein der Arbeiter an ihrer Einstellung zu den Gewerkschaftrm oder an ähnlichen Indizien ermitteln zu wollen, wäre dabei unsinnig. Wohl sind Gewerkschaftsmitglieder aufgrund ihrer Organisationserfahrungen am ehesten fähig und bereit, konkrete Kritik an den Gewerkschaften zu üben, das aber bleibt solange folgenlos, wie nicht durch Aktions- und Kampferfahrungen organisatorische Alternativen sich entwickeln, die die politische und wesentlich auch emotionale Affinität zur Gewerkschaft (und oder zur SFD) gegenstandslos machen können. - Material dazu: Septemberstreiks, Frankreich, Italien.

Betriebsprojektgruppe (BPG) 26.5.

TESEN DER BASISGRUPPE POLITOLOGIE ZUR TEGIEDISKUSSION UND ZUR GEWERKSCHAFTS± ULTSKONFERENZ

t der wachsenden Vergesellschaftung der roduktion, der Entwicklung der Wissenwhaft zur Produktivkraft und der Technomisierung der Produktion erhält die wismaschaftliche Intelligenz eine wichtige Funktion für den Klassenkampf. Es erscheint uns deshalt falsch, wenn Theorien maftauchen, die jetzt, nachdem man sehr richtig davon abgekommen ist, die Intellektuellen (in der Hochschule) als neues Subjekt der devolution anzusehen, ihre Strategie mit Ausschließlichkeit auf das Industrieproletariat beziehen, oft einem naiven Proletkult verfallen und dies durch eine Klassenverratstheorie mit Verweis auf das kleinbürgerliche Bewußtsein der Studenten begründen. Die technokratische Hochschulreform beweist, daß Hochschule und Betrieb zwei gegeneinander nicht isolierbare, für die erweiterte Reproduktion der Ware Arbeitskraft relevante Momente der Kapitalverwertung darstellen. Im Betrieb schlägt sich also nicht der sogenannte "Hauptwiderspruch", in der Uni nicht der sogenannte "Nebenwiderspruch" nieder, sondern beide werden in je spezifischer Form erfaßt vom Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Das bedeutet, daß eine Hochschulpolitik, die erstens die Studenten über ihre Proletarisierung aufklärt, sie gegen die technokratische Hochschulreform mobilisiert und sozialistische Berufspraxis vorbereitet, die zweitens die Kritik an Dogmatismus und Sektierertum durch Weiterentwicklung des historischen Materialisrus als auf die Totalität der Gesellschaft Wogene Theorie angesichts der Veränderngen im Spätkapitalimus organisiert und die drittens das intellektuelle Potential für die Politisierung der Arbeiterklasse (Betriebspolitik) heranbildet, sich weder universitätsborniert isolieren noch auf Betriebspolitik instrumentalisieren darf. Chne den Kampf gegen die technokratische Hochschulreform und ohne die Organisierung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz kann es langfristig keine Entfaltung des Klassenkampfs der Arbeiter geben. Denn wenn die Intelligenz eine Form von produktiver Arbeit leistet (wobei zu differenzieren ist zwischen Vorbereitung bzw. Ausbildung, Forschung und Beruf und innerhalb der Hochschule zwischen einzelnen Fächern), wenn also weder sie noch das Industrieproletariat isoliert die Totalität produktiver Arbeit repräsentiert, dann können sie beide getrennt, jeder für sich, kein Klas-8 sen- bzw. Totalitätsbewußtsein entwickeln.

Diese Problematik weist auf die noch zu leistende Klassenanalyse: Sind die Studenten einer neuen Kategorie des Proletariats oder den Kleinbürgern (Mittelschichten) zuzuordnen? Inwiefern hat sich aufgrund der Wandlung des Produktionsprozesses die Stellung und die Zusammensetzung des Proletariats verändert? (Begriff des Gesamtarbeiters). Zur Beantwortung dieser Fragen und weil die oben genannten Bestimmungen (vgl. dazu Krahl Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein, SC 25; Kritik der Projektgruppe Elektroingenieure an der KPD-AO in RPK 65) kaum mehr als Hypothesen sind, ist eine Strategiediskussion im Rahmen einer Kommunikation der verschiedenen relevanten sozialistischen Gruppen (Hochschule, Betrieb, Sozialisation, Berufssektor) über das SC-Info nötig, damit die Naturwüchsigkeit der Arbeitsgruppen bzw. ihrer handwerklerischen Partikularisierung überwunden und eine strategische Positionsbestimmung jed Gruppe möglich wird, gerade in Bezug auf das Verhältnis von Hochschule und Betriebspolitik. (Eine Konkretisierung der Möglichkeiten von Hochschulpolitik anhand der Politik der Basisgruppe Politologie wird in einem kommenden Artikel geleistet).

Diese Strategiediskussion soll mit der Gewerkschafts-AK beginnen, weil einige Arbeitsansätze für diesen Bereich vorliegen. die relative Konkretheit des Projekts die Präzisierung von Analysen und Positionen erleichtert und einige Ergebnisse dieser Arbeit von den Betriebsgruppen praktisch verwertet∉ werden können. Allerdings würde eine Instrumentalisierung dieser AK auf die Bedürfnisse der Betriebsgruppen eine Strategiediskussion, die ja gerade den theoretischen und praktischen Zusam enhang der verschiedenen Gruppen herstellen soll, Ve hindern. Unserer Meinung nach bestimmt sich die Vorbereitung und Durchführung der Gewerkschafts-AK weder nur aus den Interessen der einzelnen Gruppen, sei es einerseits nur durch die praktische Arbeit im Froduktionsbereich bzw. andererseits nur durch einen theoretischen Fortschritt zur Entwicklung einer adäquaten Klassenanalyse, noch durch einen undefinierten Arbeitsgruppenpluralismus, der mit Notwendigkeit die Trennung von Theorie und Praxis aufrechterhält, sondern allein aus der Notwendigkeit, zu einem Zeitpunkt relativ unverbindlicher Theorieakkumulation auf der einen und praktischer Betriebsfixiertheit auf der anderen Seite, eine auf sozialistische Praxis zielende Theorie konkret für uns allererst zu entwickeln. Wir sind uns bewußt, daß dabei der Gesichtspunkt der möglichen Praxis der erste und wichtigste Gesichtspunkt unseres

erkenntnistheoretischen Anspruchs darstellen muß. Deshalb müssen die Fragestellungen der Gewerkschafts-AK auf ein solches Abstraktionsniveau gestellt werden, das einmal den Interpretationsrahmen für die Fakten gegenwärtiger Gewerkschaftspolitik angibt, andererseits bereits auf Probleme der für die Strategiediskussion wichtigeren Klassenanalyse verweist, die ja auf einer späteren AK explizit geleistet werden soll und in deren Rahmen erst die oft bewußtlosen Pragmatisierungen und Unsicherheiten der strategischen Positionsbestimmungen der einzelnen Gruppen aufgehoben werden können.

Vorschlag für die Gewerkschafts-AK

A) Politische Begründung

Analyse der Gewerkschaften ist nötig, die Politisierung der Arbeiterklasse von gegebenen rganisationsmustern und Bewußtseinsformen, die wesentlich von der Gewerkschaft bestimmt sind ausgehen muß. Die Gewerkschaften in der BRD sind widersprüchliche Organisationen:

1. einerseits ist ihre Tätigkeit systemimmanent, reduziert sie nach dem Dienstleistungsprinzip den Klassenkampf auf die Verteilung des Mehrprodukts, auf quantifizierbare Konflikte, insofern sie als Verkäufer der Ware Arbeitskraft das Lohngesetz erst realisiert und an Leistungsnormen und an Kategorien der sozialen Entschädigung orientiert ist. Sie ist Ordnungselement, verliert ihre Autonomie zudem dadurch, daß sie im Rahmen des wachsenden Staatsinterventionismus der Poli-🕶 ierung der privaten Kapitalverwertung und der staatlichen Wirtschaftspolitik zusehends etwa durch ihre Teilnahme an der Konzertierten Aktion, durch die Einordnung ihrer Lohnpolitik in die staatliche Einkommenspolitik selbst verstaatlicht wird.

2. andererseits sind die objektiven Folgen dieser Verstaatlichung, nämlich die wachsende Vergesellschaftung der Produktion und die Verbesserung des absoluten Lebensstandards der Arbeiter die Bedingungen einer Strategie der Dialektik der Hebung der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus und dessen Umwälzung. Das bedeutet nicht. daß die Gewerkschaft bewußter Teil dieser Dialektik ist (sie zerstört sie), wohl aber, daß sie die Widersprüche, an denen die Dialektik ansetzt, zwischen Lohn und Arbeitsproduktivität, gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung verstärkt.

Diese Ambivalenz der Gewerkschaft zeigte sich in den von radikalen gewerkschaftlich organisierten Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern getragenen Septemberstreiks. Die Gewerkschaften waren Hemmschuh der Streiks und zugleich wurden sie durch spontanen Druck von unten gezwungen, zumindest partiell die Lohnforderungen zu vertreten und damit ihre unverzichtbare Funktion der Verbesserung des Lebensniveaus der Arbeiter zu erfüllen, ohne die deren Politisierung unmöglich wäre. Eine abstrakt antigewerkschaftliche Agitation, die den Austritt aus der Gewerkschaft oder Gegen-Gewerkschaften fordert, verstärkt die irrationale Lovalitätsbindung an die Gewerkschaft, die es ja durch das Vorantreiben der Konflikte zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsbürokratie aufzulösen gilt.

Eine sinnvolle Taktik gegenüber der Gewerkschaft und Politisierungsstrategie der Arbeiterklasse muß an diese Ambivalenz, an die Kriterien des politischen meifegrades des aktuellen Klassenkampfes, an Konflikte der existierenden Gestalt des Klassenbewußtseins anknüpfen, also an die Rückstähdigkeit der westdeutschen Arbeiterbewegung (im Vergleich zu Italien und Frankreich), die nicht nur Ergebnis bürokratischer Manipulationen von Gewerkschaften und SPD, sondern des unentwickelten Bewußtseins ist und die die Kehrseite des Fortschritts der Vergesellschaftung der Produktion darstellt. Eine solche Strategie muß sich zugleich als Übergangsstrategie in einer vorrevolutionären Vorbereitungsphase im Sinne fortschreitender Eroberung autonomer Gegenmachtpositionen begreifen. (Dazu Gorz, Trentin, Basso, Negt, bei aller Kritik an syndikalistischen Verengungen). Das bedeutet: "Eine Strategie, die davon ausgeht, daß die Herausbildung von gewerkschaftlichem Bewußtsein vermieden werden müsse, da dies zu einer Stärkung der Gewerkschaftsbürokratie führe, daß die Masse der entpolitisierten Arbeiter in Westdeutschland im Stande sei, einen großen Sprung zu machen von einem apathischen, oft nicht einmal die unmittelbarsten Interessen wahrnehmenden Bewußtsein auf den höchsten Stand eines organisierten politischen Klassenbewußtseins - diese Strategie ist ebenso illusionär wie die beiden erstgenannten (Konfrontation von Außerhalb gegen die Gewerkschaft, die abstrakt als Instrument des Kapitals, des Staates bezeichnet; Konfrontation von innerhalb durch Entlarvung der bürokratischen Manipulation der angeblich revolutionaren Basis), die beide davon ausgehen, als gäbe es heute in Westdeutschland eine lebendige, von der Sozialdemokratie nur irregeführte Arbeiterbewegung." (SAG zum 1. Mai in SC 42/43).

Will man nicht in borniertem Ökonomismus bzw. Betriebsfixiertheit verharren, stellt sich das Problem, wie das gewerkschaftliche Bewußtsein, das an Lohnkonflikten und an der von der gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaftspolitik nicht geleisteten Aufgabe der Gewerkschaften, den Wert der Arbeitskraft gegen die Tendenz des Kapitals, ihm zu senken, zu realisieren, orientiert ist, in durch politische Kader zu bildemdes politisches Klassehbewußtsein zu transformieren ist, das Lohnkonflikte im Rahmen einer Revolutionsstrategie interpretiert. Eine solche Strategie muß einerseits kurzfristig, taktisch ansetzen an spezifischen historischen Situationen des Klassenkampfs, also in der BRD an Lohnkonflikten (so die SAG) und muß zugleich sich über das veränderte Verhältnis von gewerkschaftlichen Bewußtsein und politischem Klassenbewußtsein theoretisch klarwerden. (Was die SAG nicht tut, indem sie unreflektiert klassische, ökomomisch bestimmte Politisierungsstrategien auf die Gegenwart überträgt). Dieses Verhältnis analytisch zu bestimmen im Rahmen des Fortschritts der Vergesellschaftung der Produktion, wäre die grundsätzliche Aufgabe der Gewerkschafts-AK.

B. Themen

1. Marx Die Trennung von Staat und Gesellschaft im 19. Jhd. bei einer niedrigen Vergesellschaftungsqualität der Produktion schlägt sich nieder in der objektiven Trennung von ökonomischer (gewerkschaftlicher) und politischer Kampfebene. Der Klassenkampf entsteht aus der ökonomischen (gesellschaftlichen) Sphäre, die die Sphäre der öffentlichen Gewalt (Staat) im wesentlichen bestimmt. Er bedeutet zugleich die Überwindung der Trennung, ist politisch aufgrund des Klassenbewußtseins des Proletariats, das aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozeß, aufgrund der Tatsache, daß es allein die Totalität produktiver Arbeit repräsentiert zu Klassenbewußtsein fähig. Der Staat ist noch nicht gezwungen, geselbschaftliche Modelle der Leitung der Produktion zu errichten im Interesse des privaten Profits: allein das Proletariat repräsentiert den Anspruch auf diese gesellschaftliche Leitung. Der Klassenkampf hat seinen Ursprung in der vom Staat getrennten Ökonomie, wird aber im Prozeß der Entstehung von Klassenbewißtsein politisch. da die Arbeiter ihren ökonomischen Status der Eigentumslosigkeit, des Verlusts der

Basis der Privatautonomie mur verändern können, wenn sie die bürgerliche Gesellschaft als vom Staat getrennte Privatsphäre politisch aufheben bzw. die politische Gesellschaft schaffen (Vergesellschaftung der Produktionsmittel). (Diese Marx-AG würde die Basisgruppe Politologie machen).

2. Massenstreikdebatte Die organisatorische Trennung der Arbeiterbewegung in in politische, die Revolution anstrebende Partei und auf den ökonomischen Tageskampf beschränkte Gewerkschaften schlägt sich in der Massenstreikdebatte um 1905 verstärkt politisch nieder, insofern der entstehende Parlamentarismus gerade auf der Trennung in unpolitische Gesellschaft als Privatsphäre, der die Gewerkschaften als sich gegenüber der SPD verselbständigter, den politischen Massenstreik ablehnender reiner Interessenverband zugehört und in die politischε walt des Staates, in die einzudringen SPD bzw. ihre einflußreiche Parlamentsfraktion versuchte, beruht. Diese Trennung der Arbeiterbewegung wäre als Erbe des Liberalismus (Parlamentarismus) zu begreifen, wobei der Liberalismus als notwendige Ideologie des Auseinanderfallens der Produktionssphäre als Reich der Ausbeutung und der Zirkulation, in der sich das bür gerliche Bewußtsein von formeller Freiheit und Gleichheit bildet, sich darstellt,

Lenin verschärfte die Trennung von tradeunionistischem und politischem Bewußtsein
und glaubte die Arbeiter nur von außen
durch die disziplinierte Kaßerpartei von
Berußsrevolutionären politisieren zu
können. Zu diskutieren wäre, inwießern
diese Bestimmungen, die sich nicht dogmatisch auf die Gegenwart übertragen lassen,
angesichts der Rückständigkeit Rußlands
(unterentwickeltes Proletariat, geringe
Entfaltung des Kapitalverhältnisses, schroß
fe Trennung von Kopf- ung Handarbeit) und
angesichts der notwendigen Kompromisse mit
Bauern und Kleinbürgern und unter dem
Zwang der Industrialisierung nötig war.

4. Aktuelle Bedingungen
Die wachsende Vergesellschaftung der Produktion schlägt dich in folgenden Erscheinungen nieder:
Partielle Politisierung der Ökonomie;
Staatsinterventionismus; gesellschaftliche, nicht nur private Leitungsmodelle der Ökonomie (Konzertierte Programmierung), Integration der Arbeiterbewegung und damit

Institutionalisierung des Klassenkampfs, Aufhebung des Pauperismus, dadurch, daß der Arbeiter Konsumentenstatus gewinnt; objektive Funktion von SPD und Gewerkschaften: Rationalisierung des Kapitalismus, Bereitstellung einer Massenbasis für diesen. Damit haben sich wesentliche Bestimmungen, an die Marx anknüpfte, verändert. Es ergeben sich drei für das Gewerkschaftsseminar zentrale erkenntnistleitende Fragestellungen:

1. Ist das klassische Industrieproletariat noch in der Lage, isoliert ein Klassenbzw. Totalitätsbewußtsein zu entwickeln unter den Bedingungen der wachsenden Vergesellschaftung und Technologisierung der Produktion, die das Industrieproletariat zum Moment im Gesamtarbeitsprozeß, das nicht mehr allein die Totalität produktiver Arbeit repräsentiert, degradieren? Diese Frage kann im Rahmen der Gewerkschafts-AK nicht entfaltet werden, sie ist der Klassenamalyse.

2. Bedeutet das veränderte Verhältnis von Politik (Staat) und Ökonomie, die Politisierung der Wirtschaft durch die Interventionen des autoritären Sozialstaats mit seiner Wirtschafts(Einkommens)politik und korporativen Regelung der Beziehung von Kapital und Arbeit (Konzertierte Aktion) und die Integration der Gewerkschaften in diesen starken Staat, die Entstehung von staatlich vermittelten, die Lohnkonflikte überlagernden Disparitäten aus einer neuen Kategorie der sozialen Ungleichheit aus dem Konflikt von partieller Befriedigung. privatisierter Konsumbedürfnisse und der kollektiven Depravierung in gesellschaftlich unterentwickelten Lebensbereichen, die nicht nur Arbeiter trifft, daß Politisierungsmöglichkei-

ten der Arbeiterklasse sich weniger mit den klassischen Konflikten um Lohn- und Arbeitszeitbedingungen verknüpfen lassen (dies kritisch zur SAG) als mit neuen, den Rahmen des Betriebs sprengenden Konflikten, die sich ergeben aus der Organisation der Lohnarbeit selbst, aus dem Staatsinterventionismus, aus Strukturkrisen bzw. Unstrukturierungeh, aus der mit der Automation gegebenen Krise der alten beruflichen Klassifizierungssysteme bzw. dem Veralten von Berufen aus dem vor allem bei der wachsenden Zahl der technisch qualifizierten Arbeiter und Angestellten auftretenden Widersprüchen zwischen der Berufsautonomie und der Betriebshierarchie, der relativ allgemeinen Ausbildung und der zerstückelten Arbeit, aus der Steigerung der Arbeitsintensität (Bandgeschwindigkeit) und ihrer | | genæuen zeitlichen Vorbestimmung durch

neue Arbeitsplatzbewertungssysteme (MTM) und aus der Krise der Leistungsethik angesichts der technologischen Möglichkeiten und des neuen, hochentwickelten, zivilisatorischen Bedürfnisniveaus?

3. Wird mit der wachsenden politischen (staatlichen) Vermittlung der ökonomischen Konflikte die vom Liberalismus geerbte Arbeitsteilung der Arbeiterbewegung in ökonomischem Tageskampf (der Gewerkschaften) und politisch-revolutionärem Kampf der Partei nicht problematisch, lassen sich radikale Lohnforderungen nur im Konflikt mit Unternehmern und nicht auch im Konflikt mit dem autoritären Staat realisieren? - Diese Frage schließt eine Kritik am Syndikalismus der deutschen Rätemodelle von 1918 und aktuellen Theorien von Gorz, Basso usw. ein, die tendenziell den ökonomischen mit dem politischen Kampf identifizieren.

Neben den AGs über Marx, Massenstreik und Lenin lassen sich aus diesen Fragen folgende AGs bestimmen:

- 1. Klärung des Begriffs der Vergesellschaftung der Produktion bei Marx, Veränderungen dieses Begriffs (Die Basisgruppe in Kooperation mit anderen Gruppen könnte dazu Thesen ausarbeiten).
- 2. Das veränderte Verhältnis von Staat und Ökonomie.
- 3. Verhältnis von Gewerkschaften zum Staat in der BRD bzw. zur SPD; konzertierte Aktion (Basisgruppe in Kooperation mit anderen Gruppen).
- 4. Auswirkungen der Technologisierung der Produktion auf Veränderung der Arbeiterklasse.
- 5. Gewerkschaftliche Lohn- und Sozialpolitik. Vermögensbildung.
- 6. Konzeptionen der Mitbestimmung und der Arbeiterkontrolle.
- 7. Analyse der Septemberstreiks (Stellung der Vertrauensleute des Betriebsrats).

Basisgruppe Politologie 2. ...

Welcher Genosse(in) ist daran interessiert, an einer Wohngemeinschaft teilzunehmen, in der die Rehabilisierung von Opiatsüchtigen versucht werden soll?

Näheres bei Hartmut Mörschel, Tel. tgl. ab 19 Uhr: ■

SELBSTDARSTELLUNGEN EINZELNER GRUPPEN

Organisatorische Entwicklung der "Pädagogengruppe"

Dieser Bericht ist ein Diskussionsbeitrag, nicht nur für die organisatorische Entwicklung und die Praxis der einzelnen Gruppen, sondern vor allem für die interne Diskussion in der "Pädagogengruppe" selbst. Aus Zeitgrün den konnte er nicht in der ganzen Länge mit allen Mitgliedern dieser Gruppe voll durchdiskutiert werden. Gruppenberichte, die so tun, als enthalten sie derzeitig ein für alle Mal fertige Rezepte für die Lösung der Organisationsfrage und repräsentierten jeweils schon immer den Gruppenkonsensus, verhindern die Diskussion eher als daß sie diese fördern. Um einerseits die Diskussion in der Gruppe, and ererseits aber auch die zwischen den Gruppen weiterzuführen, veröffentlichen wir schon jetzt diesen Beitrag .-

Die politische Arbeit am Pädagogischen Seminar ist nur verständlich vor dem Hintergrund des allseitigen organisatorischen Chaos in Frankfurt. Die Zersplitterung der Studentenbewegung zwang die Genossen am PS, wollten sie sich überhaupt politisch verstehen und zur Konstitution von Organissationsansätzen beitragen, sich entweder den im Verlauf des letzten Jahres entstehenden Fraktionen und Gruppen(ML, Kommunistische Gruppe, Betriebsprojektgruppe usw.) anzuschließen. Oder aber sie orientierten sich an überregionalen Versuchen zur Entwicklung revolutionärer Massenorganisationen, wie sich das ein wenig in der späteren Roten Zellen -Diskussion andeutete, - auch wenn dabei eher formale als inhaltliche Bestimmungen ausschlaggehend waren.

"Staffelbergkampagne"

am Seminar und die politischen Diskussionen (Fachschaft, Seminarrat usw.)
waren jedenfalls stets Reflex, oft
ohne daß dies den Genossen am Seminar
klar bewußt war, der politischen Bewegungen in Frankfurt.
Das nahm seinen Anfang mit der "Staffelberg"-Heimkampagne, die ausgelöst
wurde von Teilen des auseinanderbrechenden SDS, und zwar gerade von janen,
die sich am schnellsten von den Ergebnissen ihrer eigenen verantwortungslosen Handwerkelei zu trennen versuch-

Die praktische und theoretische Arbeit

ten: dem Stamm der heutigen KPD/ML (Bärmann, Zollinger, Dermitzel, Appel usw.). Die Liaison der damaligen "Lederjacken" mit den sog. "Brandstiftern" und der gleichzeitge geglückte und verhängnisvolle Versuch, den Pädagogen organisatorische und "therapeutische", letztlich aber auch durchaus politische Aufgaben aufzuhängen, - ohne diese ernsthaft in die politische Bestimmung der "Heimkampagne mit einbeziehen zu wollen -, führte zur Akzentuierung der politischwissenschaftlichen, der theoretischen und praktischen Arbeit im Bereich der "Heimkampagne", und die "Bewältigung" der katastrophalen Entwicklungen nahm die politische und erziehungswissensch liche Aufmerksamkeit der Genossen und an dem Projekt Involvierten in unvorhergesehener Weise in Anspruch. Keine der involvierten Gruppen - und das ist letztlich Ausdruck ihrer unverantwortlichen Handlungsweise-hatte die Aktion systematisch vorbereitet und ihre Ergebnisse, die Flucht der Heimwöglinge, organisatorisch wirklich vorbereitet und abgesichert, damit ein politisches und individuelles Fiasko für die Heimzöglinge hätte verhindert werden können. Die Unfähigkeit der SDS-MV, sich überhaupt irgendwann zur Heimkampagne und ihren Folgen zu definieren, war ein Ausdruck des dort herrschenden organisatorischen Zerfalls ebenso wie des langfristig gezüchteten Opportunismus Krah scher Provenienz, der es sich zur Gewon heit gemacht hatte jeweils eine politische Aufgabe dadurch zu verdrängen, indem man die nächste proklamierte! Das Verhalten der Initiatoren in der Heimkampagne, so gerechtfertigt diese allemal sein dürfte. das Verhalten der "Lederjacken" also war in fragwürdiger und äußerst ambivalenter Weise gerade in der Heimkampagne immer schon bloß die Konkretisierung des in der MV-Atmosphäre genährten Individual-Terrors und der permanenten Handwerkelei mit maoistischem Anstrich. Zwar erkannten die Genossen Bärmann, Dermitzel usw. irgendwann, welch fatalen Fehleinschätzungen - auch bezüglich ihrer klassentheoretischen und politökonomischen Bestimmungen, sofern diese überhaupt vorhanden und diskutiert wurden - unterlegen waren, doch die Konsequenz: öffentlich Kritik und Selbstkritik zu üben, um damit das Unternehmen

politisch einschätzen und bewältigen zu helfen, blieb aus. Das ist charakteristisch für jenen Opportunismus, der sich vieler - orts mit Rigidität tarnt oder in diese unreflektiert umschlägt, um die eigene Biographie und Geschichte zu verleugnen, anscheinend genau zu dem Zweck, für diese nicht mehr zur Rechenschaft gezogen zu werden!

Diejenigen, die übriggeblieben waren, die "Brandstifter" und die "Pädagogen" jedenfalls, waren nicht in der Lage, die theoretischen wie praktischen und organisatorischen Konsequenzen aus der Staffelbergkampagne zu ziehen. Die "Brandstifter" verwechselten in hysterischer Manie Lehrlingsschulung mit ihren Bedürfnissen, private Renommiergefolgschaft um sich zu scharen. Ihr Vorbild machte in der Tat Schule und ließ letztlich nur die Konsequenz der "Befreiungsaktion" Baaders oder die Ideologe der"umherschweifenden Haschrebellen" als Ergebnis zu(Vgl. 883). Dabei soll

einerseits nicht der individuelle Beitrag einiger Personen zum allseitigen Desaster der Heimkampagne geleugnet werden, andererseits ist es wichtig, dies vor allem als Kritik an einer historisch falschen und deshalb auch gefährlichen und selbst die systematische organisatorische Entwicklung – beispielsweise in Sestberlin – terrorisierende Anarchisterei.

Den Pädagogen hingegen ist der Vorwurf zu machen, daß sie die vielfältigen theoretischen und organisatorischen Faktoren dieser Heimkampagne nicht zu verbinden wußten. Da beharrte Prof.Mollenhauer letztlich auf der individualtherapeutischen und organisationsfeindlichen Kommunikation mit den Lehrlingen, Kollektiv-

the atern und wissenschaftlichen Beratern, verständlich, da gerade jene Gruppe, die
das Projekt als ihr politisches ausgegeben
hatte, sich entweder längst aus der ganzen
Misere zurückgezogen hatte, um sich den
Namen ML zu geben, oder aber - wie die
"Brandstifter" - eine politisch-wissenschaftliche Kommunikation faktisch unmöglich gemacht hatten.

Schließlich drückten sich jedoch noch die übrigen Pädagogik-Genossen am Seminar permanent um eine politische Diskussion, die wenigstens für die Seminarstrategie hätte Verbindlichkeitsrang gewinnen können und unterwarfen wich sowohl ihren eigenen liberalistischen Verhaltensmustern und der proletkulthaften Unterwürfigkeit gegenüber den Lehrlätingen, was fatale Folgen – vor allem für die Lehrlinge – hatte.

Bei all dem ist das schweinische Verhalten des Landeswohlfahrtsverbandes schon vorausgesetzt, der labile und zur Gewohnheitskriminalität neigende Jugendliche sichtbar vor die Hunde gehen ließ,- anscheinend als antizipierte Rechtfertigung dafür, daß dies Experiment der Wohnkollektive bloß zu einer weiteren Variante krimineller Subkultur würde. Die Illusion, dies Experiment letztlich auf individualistischer Basis und unzulänglicher wissenschaftlicher Vorbereitung, vor allem aber ohne jeden organisatorischen Zusammenhang mit den politischen Gruppen in Frankfurt, die - außer der ML - auch allenfalls als Phantome existierten, - diese Illusion und die daraus resultierenden Fehler läßt sich als entscheidender Grund für das Scheitern der Heimkampagne zweifelsfrei benennen!

Die Diskussionen mit der Kommunistischen Gruppe.

Ende letzten Jahres machten die Genossen am Institut mit der "Heimkampagne" als Kampagne Schluß, mehr jedoch augrund individueller Erfahrungen im Umgang mit den Lehrlingen, die man individuell und hilflos nur immer mehr der Unverbindlichkeit und der Subkultur preisgab, weil keinerlei organisatorischer Rahmen und keinerlei sozialisierende Instanz mehr angegeben werden konnte. -Um jene Zeit versuchte, die kurz zuvor gegründete Kommunistische Gruppe (aus der später die "Schwarze" und die "Rote Linie" hervorgingen) durch Diskussionen aus dem Kreis der politischen Studenten am PS einzelne Individuen für sich zu rekrutieren. Die Einwände gegen die vorschnelle dogmatische Fixiierung, wie sie sich etwa in dem Schulungsprogramm der KG niederschlug, gegen ihr agentenhaftes Auftreten, ihre psychoterroristischen Qualifizierungsdiskussionen wirkten sich in der KG selbst schon spalterisch zu einem Zeitpunkt aus, da einige Genossen unter den Pädagogen sich zumindest wohlwollend der KG gegenüber verhalten hatte. In der Tat ging damals von der KG eine unbestreitbare Faszination aus, da ihre vorgetragenen Projektbereiche u.a. wieder einen organisierten Ansatz von Hochschulpolitik neben den ohnehin begründeten anderen Projektbereichen(etwa Betriebsarbeit) anzubieten schienen.

Doch die Spaltung der KG Anfang 1970 machte die Beitrittsüberlegungen einiger Genossen zunichte.

Rote Zellen - Diskussion

Die organisatorische Perspektivlosigkeit in Frankfurt nach der Spaltung der KG entfachte am Seminar über einige Wochen hinweg die Diskussion um das "Rote-Zellen-Konzept", dem die "Rotzpol" durch ihren voluntaristischen und eher diffamierenden Gründungsakt Aktualität verliehen hatte; vor allem wurde diese Diskussion aber auch ausgelöst durch das Bestreben einiger Genossen am PS, Studium und politische Praxis in ein funktionaleres Verhältnis zueinander zu bringen. Dem Vorschlag, hierfür projektgebundene Untersuchungstrupps zu bilden, wurde ein anderer entgegengesetzt, der lediglich die organisatorische Ausweitung auf das Gesamtseminar als "Rote Zelle" und die Kommunikation und Koordination mehrer Roter Zellen auf Universitätsebene (Roter Zellen-Rat und zentrales Redaktionskollektiv) vorsah.

Diese Diskussion endete-jedenfalls vorläufig - ergebnislos, vermutlich deshalb, weil sie formal geführt wurde: weder ging sie aus vom ursprünglichen Berliner Rotzeg - Modell, das um die Berufsperspektiven-Diskussion herum entwickelt worden war, noch weniger aber von den in Frankfurt vorfindbaren organisatorischen Bedingungen, d.h. der Möglichkeit, ob überhaupt irgendwo an einem anderen Institut noch Rote Zellen Gründungen möglich gewesen wären, und schließlich versäumte es die Diskussion, das Bedürfnis einiger Genossen, die Rote Zelle zu gründen aus organisatorischen Notwendigkeiten im Zusammenhang mit der Schülerpolitik am Seminar, in den Vordergrund zustellen, so daß es bloß noch abstrakt um irgendwelde formalen Verbindlichkeiten ging und die idiotischsten Vorwürfe gegenüber diesem Modell immer noch eine gewisse Berechtigung angesichts der fehlenden Bezugspunkte und Ableitungen hatten.

Schülerzentralrat

Richtig wäre also allenfalls eine Diskussion gewesen, die eine "Rote Zelle" schon immer im Zusammenhang mit der Politik im Schülerzentralrat begründet hätte. Dieser Zentralrat hatte folgende Vorgeschichte: Aus einer Projektgruppe zur technokratischen Schulreform am PS, die einerseits von Anfang an einen - wenngleich vagen - Praxisanspruch formuliert hatte, überdies aber ihre analytische Arbeit mit einer projektspezifischen politökonomischen Schulung verbunden hatte, entstand anläßlich des Schülerstreiks zum numerus clausus der Entschluß der Gruppe, politisch in den Streik einzugreifen, ihn aufgrund unserer Kentnisse über die Entwicklungstendenzen und Ursachen des numerus clausus zu radikalisieren und mit den Schülern zusammen eine sozialistische Organisationsform für die künftige Schülerarbeit zu entwickeln.(Vgl. Rotes Zentrum, Sondernummer zum numerus clausus)

<u>Die Diskussionen und Perspektiven des</u> Schülerzentralrats

Der Schülerzentralrat und mit ihm die beteiligten Pädagogikgenossen haben verscht, die herrschende Organisationsmisere in Frankfurt - wenigstens für den Bereich der Schülerpolitik - abzubauen. Der Zentralrat, in dem die Aktivisten einiger Frankfurter Gymnasien und die Pädagogen-Genossen versammelt waren, die jenes Schulre-

form-Projekt mitgemacht hatten, nehmen sich vor, durch eine längerfristige Generaldebatte die anitautoritären Schülerund Studenten aufzuarbeiten und weitere organisatorische Schritte vorzubereiten. Der Versuch zu einer Generaldebatte scheiterte, sei es an den einsetzenden Schulferien, der Sonderbelastung der meisten Aktivisten durch das Abitur, durch unausgesprochene Divergenzen und Unklarheiten über den Sinn und die Perspektive von "Betriebsarbeit", die stets als stillschweigende Voraussetzung, aber allen as suggestiver und nicht theoretischer Art angenommen wurde.

Ein sozialistisches Bewußtsein von der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit von Betriebsarbeit konnte letztlich von den Schülern auch gar nicht erwartet werden: einmal, da dies Problem nie systematisch diskutiert worden war, zum anderen, weil die im Zentralrat organisierten Schüler selbst Produkte der jedenfalls unvollständigen, wenn nicht falschen Agitation beim numerus clausus - Streik waren: sie forderten Privilegien für Gymnasiasten, den Abbau des numerus clausus, glaubten zwar selbst nur an den taktischen, weil (tatsächlich!) zur antikapitalistischen Agitation taugenden Zweck dieser Forderung. Sie waren aber - zusammen mit den Pädagogen unfähig, in den Streik mit weitertreibenden politischen Forderungen einzugreifen. Zwar forderten sie stets, daß

die Schüler sich jetzt organisieren müßten; sie versäumten es aber, ihren Kampf mit den Interessen der Lehrlinge, der Berufs- und Hauptschüler zu verbinden und mit entsprechenden Parolen in den Streik einzugreifen. Ihr Bewußtsein blieb deshalb ein auf die Sicherung eigener bürgerlicher Berufsperspektiven weitgehend

Dieser Zentralrat hat sich inzwischen aufgegliedert in drei Arbeitsbereiche:

1. Teilnahme der politischen Schüler an der (Mohlschen)Polit-Ökonomie-Schulung;

2. Beteiligung am Lehrlings- und Berufsschulprojekt unter Einbezug einer revolutions- und organisationstheoretischen Schulung,

beschränktes.

Erarbeitung von Ansätzen für Schülerrbeit an Oberschulen in einer zetralen Projektgruppe,

4. Versuch, durch eine Voruntersuchung im Hauptschulbereich, die Möglichkeiten der politischen Arbeit mit Hauptschülern und Hauptschullehrern herauszufinden. Dieses Projekt, das vor allem von den Genossen aus der Gagern-Schule initiiert wurde und im Zusammenhang mit dem Lehrlings- und Berufsschulprojekt der Pädagogen von diesen unterstützt werden sollte, ist derzeitig dadurch gefährdet, da sich für die Gagern-Schülergruppe die Frage stellt, ob eine derartige projektorientierte Arbeit zur Klassenanalyse nicht zweitrangig sie in der derzeitigen Phase gegenüber einer Schulungsarbeit, die die ideologische Auseinandersetzung mit anderen ruppen und Parteimodellen(etwa KPD/ML) vorbereitet. Nach unserer Einschätzung verfallen die Gagern-Genossen dabei in den Fehler, die theoretische von der Praxis-orientierten Arbeit in einer falschen Weise zu trennen, weil sie nicht erkennen, daß gerade eine derartige klassenanalytische Voruntersuchung im Hauptschulbereich ihnen als Schülern außerodent. lich wichtige theoretische Ergebnisse vermitteln würde. Die Wichtigkeit einer organisations theoretischen Schulung zur Auseinandersetzung mit gängigen Parteiund Organisationsvorstellungen ist natürlich unbestritten, nur sollte sie sich dogmatischen Verengungen, wie sie z.B. in der Plattform der KPD/ML - auf die die Schüler sich vor allem beziehen erkennbar sind, nicht von vornherein unterwerfen.

Berufsschul- und Lehrlingsprojekt

Die Pädagogengenossen, die im letzten Semester mit ihren Arbeiten zur politischen Ökonomie, Bildungsökonomie und zur Analyse der Tendenzen im Ausbildungssektor begonnen hatten, ergänzten diese Arbeit um den Bereich des proletarischen Ausbildungssektors, wobei eine sehr günstige Verbindung mit der Arbeit der Schülergenossen im Hauptschulsektor sich herzustellen schien.

Ausgehend vom Begriff der "Ausbeutung" und seiner polit-ökonomischen Operationalisierung bei Marx, soll einmal versucht werden, die Marxschen Polit-ökonomischen Kategorien zu transponieren für den Bereich der Lehrlingsausbildung; der Vorbereitung des "relativen Mehrwerts" durch die spezifische Entwicklung der Arbeitsqualifikation. Hinzu kommt für diesen Bereich, nach den das Klassenbzw. Isolationsbewußtsein konstituierenden ebenso zu fragen, wie nach jenen Faktoren, die etwa die Parzellierungstendenzen der industriellen Arbeitsteiligkeit und Arbeitsprozesses aufzuheben in der Lage sind. Ziel, und das kann letztlich nur in einer Zusammenarbeit mit existierenden Lehrlings- und Berufsschulgruppen gelingen, ist es hierbei, die Handlungsfähigkeit und das Kampfbewußtsein der Jungproletarier zu analysieren.

Anderersetis beschäftigt sich eine größere Gruppe in diesem Projekt mit den Plänen zur Lehrlings- und Berufsschulausbildung. Diese Analysen werden in den nächsten Monaten, zusammen mit einem Dokumentationsband von uns publiziert werden.

Parallel und zu dem hier beschriebenen Projekt gehörig wird eine Revolutions- und organisationstheoretische Schulung, ausgehend von "Lenins "Was tun?" durchgeführt, deren Programm im nächsten info veröffentlicht werden soll, und die eingeleitet wurde mit einer ziemlich umfangreichen Diskussion zur Methode und Zielsetzung von Schulung zur Revolutionstheorie. (Protokolle und Papers werden ebenfalls in den nächsten Monaten publiziert).

Diese Schulung wird sich im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsfrage etwas mehr auf Fragestellungen im Zusammenhang mit den Gewerkschaften beziehen, später entsprechend auf Parteimodelle, Agitationsmodelle u.ä. Einen großen Raum soll die Stalinismus- und Revisionismusdebatte einnehmen.

15

Voraussetzung für die Ableitung des kategorialen Rahmens für die Frage der "Ausbeutung" und polit-ökonomische Grundlegung
der organisationstheoretischen Schulung
ist die Mohlsche Schulungsarbeit zum "Kapital" und künftig auch zu politischen
Schriften; daß sich diese Schulung zum
"Kapital" am Seminar in beinahe unzähligen
und unübersehbaren Einzelgruppen potenziert, deutet zumindest relativ günstige
Voraussetzungen für die Organisation der
Genossen am Seminar an.

Berufssozialisation und Betriebsarbeit

Aus einem anderen Seminar zur "Berufssozialisation" heraus hat sich nicht nur eine relativ spontane Zusammenarbeit mit der Darmstädter SAG ergeben, die sich zunächst jedoch noch auf Kontaktgespräche beschränkt und ihren Anlaß bei den Vorbereitungen zum vermuteten Arbeitskampf im Chemiebereich hatte.

Dieses Seminar versucht, systematisierte Ansätze zur Betriebsarbeit zu entwickeln. Langfristig gesehen wird dieser Projektbereich für die politische Arbeit am Seminar vermutlich eine zentrale Bedeutung bekommen und die klassenanalytischen Ansätze zum Bereich der Oberschulen, der Haupt-und Berufsschulen, der Lehrlingsausbildung, sind natürlich im Rahmen der Klassenanalyse für sich von je spezifischer Bedeutung für politische Arbeit in den genannten Praxisbereichen, sie bereiten jedoch auch die Vorbereitung der Praxis im Betriebsbereich überhaupt.

Wir werden gerade zu diesem Themenkomplex im zweiten Teil unserer Selbstdarstellung eine ganze Reihe von Kriterien und Abgrenzungspunkte gegenüber anderen Organisationsansätzen in der BRD und Westberlin diskutieren. Zuvor jedoch noch einiges zur politischen Organisation der Genossen am Seminar.

Die Organisationsform der Pädagogen

Verschiedene Faktoren schufen eine Ausnahmesituation am Pädagogischen Seminar:
Mit Mollenhauer kamen im letzten Semester
nicht nur aus Kiel, sondern auch aus
anderen Städten linke Pädagogikstudenten
nach Frankfurt. Das hat mehr mit seinem
Ruf als mit seinen eigenen politischen
Initiativen zu tun, - was durch seine
schlechten Erfahrungen im "Staffelberg"Projekt auch einigermaßen begründet ist.
Diese Genossen haben am Seminar die Möglichkeit, einerseits durch die satzungs-

mäßigen Voraussetzungen (Halbparität etc.) und andererseits durch die adäquate politische Ausnutzung dieser Satzungsbestimmungen, ihre politisch-wissenschaftlichen Projekte am Seminar zu realisieren. Das ermöglicht insbesondere eine Verbindung von Studium und politischer Arbeit, die andernorts überhaupt nicht möglich ist,- eine Tatsache, die dort schon dazu ausreicht, alle politische Arbeit außerhalb der punktuellen Mobilisierungsphasen völlig zu verhindern.

Wichtiger als diese "Freiräume" ist die politische Nutzung dieser Freiräume, eine Frage, die bisher allefalls in Berlin systematisch im Zusammenhang der Hochschulpolitik diskutiert worden ist, in Frankfurt aber überhaupt nicht, was nur ein weiterer Beleg für die oben angedeuteten opportunistischen Verdrängungs mechanismen früherer MV-Diskussionen des SDS ist. Die Ära Hartmann-Grösch ist ebenscunfähig gewesen, dies Problem wenigstens diskutieren zu können, wie der jetzige SHB-Asta nur noch die Karrikatur einer revisionistischen Fraktion genannt werden kann.

Nie die "Freiräume" des Seminars genutzt werden, das demonstrieren die Projekte, die Zusammenarbeit mit den Schülern am Seminar, die Vorbereitung eines Praxisbereichs Betriebspolitik und die verschieienen Schulungsgruppen zur politischen Ökonomie und zur Organisationstheorie. Das wird aber weiterhin demonstriert durch den technischen Apparat (Druckmaschine) und durch den Anspruch, durch die Herausgabe von Raubdrucken gezielt in einen politischen Diskussionszusammenhang einzugreifen oder diesen zu konstituieren. Das Druckkollektiv bildet derzeitig noch den zentralen Kern der politisch arbeitenden Genossen.

Doch ebenso klar ist, daß es bei dieser Organisations form nicht bleiben kann. Einmal müssen die durch Personalunion gesicherten Projektpläne zum Ausbildungsund Produktionssektor bald auch organisatorisch durch bestimmte Delegationsprinzipien und zentrale Diskussionen aller Beteiligter gesichert werden; außerdem muß die Arbeitsteilung sowohl die klassenanalytische und theoretische Arbeit ermöglichen sowie die politisch-organisatorische Umsetzung dieser Ergebnisse ermöglichen. Es zeichnet sich ab, daß es künftig eine Einteilung in Sektionen(Ausbildungs, Produktionssektor, Sozialpolitik und Hochschule als Berufsvorbereitung sberecih der Intellektuellen) geben wird.

Außerdem wird es notwendig sein, eine Art "Exekutive", die bisher wildwüchsig vom "Druckkollektiv" wahrgenommen wurde, per Delegation zu bestimmen. Dieses Organisationsmodell wird ebenso wie das Schulungsprogramm zur politischen Ökonomie und zur Revolutionstheorie im nächsten info begründet.

Das Verhältnis der Pädagogen - Gruppe zu den anderen Frankfurter Gruppen.

In der Folge versuchen wir jetzt, indem wir einige diskutierenswerte Positionen unter relevanten Gruppen und Parteien durch Kritik und negative oder positive Bewertung darzustellen, um an ihnen den theoretischen Stand in der Diskussion um die Organisationsfrage zu markieren. Dabei rd es sich eben vorläufig vor allem um Ausgrenzungskriterien und etwas weniger um positive Selbstdefinitionen handeln können, wenngleich auch hierzu Versuche erkennbar werden dürften.

Die Rekonstruktion revolutionärer Theorie und die Entwicklung von Organisationsformen, die es ermöglichen, Klassenkämpfe einzuleiten oder zu unterstützen sind unsere allgemeinen Aufgaben.

Nach dem langwierigen Chaos in Frankfurt scheint sich jetzt ein erster Ansatz zu bieten, wenngleich noch in einer relativ anfänglichen und abstrakten Weise diese Aufgabenstellung organisiert anzugehen. Hierzu nun einige Positionsbestimmungen: Wenn im Roten Forum 2/70 der KPD/AO

"Wider das Gründungsfieber" - entgegenhalten wird, daß nicht die bloße Proklamation von Parteimodellen unsere derzeitige Aufgabe sein könne, sondern die theoretische Auseinandersetzung über die Grundprobleme revolutionärer Kämpfe einzuleiten und zu führen, so ging das in die Konzeption der "Pädagogen" bei der SC-info Frage immer als ihre eigene Forderung
mit ein. Das SC-info sollte die Plattform
sein, auf der die zu führenden Auseinandersetzungen mit den anderen Frankfurter
Gruppen, aber auch mit den überregional
vertretetenen Position publiziert werden
müßten.

"Das bestehende Zirkelwesen hätte wenigstens dann eine progressive Funktion, wenn es den theoretischen Kampf vorwärtstreiben würde und jeder Zirkel, der in diesem Kampf keine Position bezöge, sich diskreditieren würde." (Rotes Forum, 2/70, S.5)

Indessen gilt gerade für jene Zirkel, Gruppen und Fraktionen, daß sie sich selbst definieren müssen in Bezug auf die Hauptfragen revolutionärer Arbeit. Diese finden ihre Konkretisierung jedoch nicht in der bloßen Parteiproklamation, sondern in der Klärung der Voraussetzungen für den Aufbau einer revolutionären Organisation.

Folgende Fragen müssen wir diskutieren oder eine eigene Stellungnahme erarbeiten!

- 1. Klassenanalyse als Untersuchung der Tendenzen des Spätkapitalismus im Ausbildungs- und Produktionssektor, und zwar als eine, die schon immer mitdenkt die von Mao geforderte Einheit von Studieren, Organisieren und Kämpfen, wenngleich uns klar ist, daß in solche Klassenanaly sen schon immer organisatorische Voraussetzungen ebenso eingehen müssen wie eine Praxis. Den Umfang und die Methode dieser im Verlauf der Voruntersuchung bzw der Klassenanalyse betriebenen Praxis genau zu bestimmen, dürfte eines der Hauptprobleme theoretischer Arbeit, aber auch der zu systematisierenden Erfahrungen sein.
- 2. Einschätzung strategischer Ansätze. Diese müssen gewonnen werden aus der Analyse des Produktions- und Ausbildungssektors. Diskutiert werden muß die Frage der Priorität oder der Gleichzeitigkeit von Arbeit im Produktions- und Ausbildungssektor, ebenso die Funktion der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz im Klassenkampf, schließlich generell das Verhältnis von Studentenzu Arbeiterbewegung. Diskutierenswert bzw.-möglich ist die Frage, einerseits in Produktions- und Ausbildungssektor, andererseits in Stadtteilarbeit zu unterteilen, doch das birgt die Problematik in sich, daß nahezu alle kalssenanalytischen Unterschiedungskriterien über den Haufen geworfen werden könnten.
- 3. Das Verhältnis von Theorie und Praxis muß verstanden werden als eines, das die klassenanalytische Arbeit in der maoistischen Weise konstitutert, wobei die Frage der theoretischen Vorbereitung auf die praktische Arbeit sehr gründlich bestimmt werden muß. Andererseits ist jeweils klar(vgl. Punkt 1), daß abstrahierbare Erfahrungen ohne Praxis überhaupt nicht denkbar sind und die Praxis ebenso zum Konstituens der Theorie, wie die Theorie Voraussetzung einer

begründeten Praxis sein muß. (Vgl. Kritik der KPD/AO am Schneider-Bubenzer-Papier) .-Die künftige organisatorische Entwicklung am PS kann an dieser Stelle noch nicht exakt angegeben werden. Sie wird aber hinauslaufen auf eine stärkere Zentralisierung der unter politischem Anspruch durchgeführten wissenschaftlichen Projekte, Im SC-info und in gesonderten Publikatio-Schulungsgruppen und Publikationstätigkeiten. Die Schwierigkeit, diese Organisationsform zu benennen, liegt einmal darin, daß etwa das Modell der "Roten Zellen", von Berlin ausgehend, auf die Seminar- und Frankfurter Situation nicht mehr zutrifft. Die Rote Zelle als Versuch, die Berufsperspektivendiskussion organisiert in Angriff zu nehmen, ist auch in Berlin überholt worden und ersetzt durch die Verlagerung auf die politische Arbeit in verschiedenen Bereichen: Hochschule und Betriebsarbeit. Dabei ist nicht mehr so genau ausmachbar, ob die Schul- und Hochchularbeit derzeitig von den Roten Zel-

gründen für die "Arbeit am Hauptwiderspruch" oder aber aus einer neuen Einschätzung über die Relevanz der "wissenschaftlichen Intelligenz" für den Klassenkampf erfolgt. Weder die vorschnellen ideologischen Setzungen der ML: das Industrieproletariat ist das revolutionäre Subjekt, helfen da weiter, noch können wir akzeptieren, daß schlicht alle zum revolutionären Subjekt emporstilisiert werden, die sich statistisch(!) dem Gesamtarbeiter zuschreiben lassen (Krahlthesen, Vgl. Schmierers Kritik, in: Rotes Forum, 1/70).

Wenn die 'Pädagogen'-Gruppe deshalb weder in den einen, noch in den anderen Fehler verfallen will, wenn sie sich weiterhin nicht schon per definitionem als Hockschulbzw. Institutsgruppe-versteht, sondern als Fraktion sich den oben genannten Aufgaben revolutionärer Gruppen zu stellen versucht, so wird sie mich nicht auf die Arbeit an der Universität oder gar auf die wissenschaftlich-analytische Arbeit beschränken können, sondern schon immer auch eine Praxis im Produktionssektor vorbereiten und konkretisieren müssen. Nur muß halt gesagt sein, daß dies nicht der einzige Tätigkeitsbereich und - wenigstens vorläufig nicht - die Hochschule und der gesamte Ausbildungssektor nicht bloß Rekrutierungsfeld für die Arbeit im Produktionssektor bleiben werden.

Wir werden an den Arbeitskonferenzen der nächsten Zeit teilnehmen (Gewerkschaftsfrage, Verhältnis Studenten-Arbeiterbewegung, Revisionismusproblem, Imperialismus, Klassenanalyse) und es gewiß nicht auf der bloßen Forderung beruhen lassen, daß diese Fragen geklärt werden müßten! nen werden wir diese und andere Problembereiche thematisieren und unsere Arbeitsergebnisse vorlegen. An diesen sollten uns die anderen "arbeitenden Gruppen" ebenso überprüfen, wie wir ihre Arbeit an ihren Ergebnissen messen und zu Kriterien für unsere Zusammenarbeit mit ihnen machen werden.

Fraktionierung und Vereinheitlichung

Wenn die 'Pädagogen'-Gruppe sich nicht mehr mit dem Konzept der "Roten Zelle" identifizieren kann, so deshalb, weil sie nicht nur aufgrund der Berliner Erfahrungen der Rotzeg(KPD/AO- und PEI-Grünon in Berlin nur jeweils aus Rekrutierungsdung aus der Rotzeg heraus), sondern auch infolge ihrer eigenen bisherigen Tätigkeit(Publikationsarbeit, Schülerprojekt zur Hauptschul- und Oberschuldarbeit, Analyse des proletarischen Ausbildungssektors und der Betriebssozialisation, Eingreifen in die Organisationsentwicklung in Frankfurt und Durchführung von antiimperialistischen Aktionen) jenen auf bloße Berufsperspektiven- Diskussion und Institutspolitik im engeren Sinne begrenzten Rahmen der Roten Zellen überschritten haben. Als eigene Fraktion sich zu verstehen, bedeutet für die Pädagogen aber einmal, diesen fraktionellen Stadnpunkt überhaupt erst zu präzisieren, - wenngleich die Vo bereitungssitzungen zur Gewerkschafts-AK schon erheblich dazu beitrugen! Das bedeutet aber zudem, daß die "Pädagogen" sich immer schon definieren in Bezug auf die anzustrebende organisatorische Vereinheitlichung in Frankfurt. Daß diese unmöglich ist, ohne vorher einen präzisen Gruppenstandpunkt gewonnen zu haben, ist nach dem Schauspiel mancher Vorbereitungssitzungen evident geworden. Doch dieser Gruppenstandpunkt erlaubt überhaupt erst eine Bestimmung über die weiteren Schritte, die zusammen und in Auseinandersetzung mit den anderen Frankfurter Gruppen vorgenommen werdeh müssen. Scharf muß man sich deshalb gegen jene wenden, die glauben, daß diese Vereinheitlichung schon immer in die allerersten Schritte mit eingehen müsse. Die propagierte"Arbeitsteiligkeit", der Prozeß

des "Zusammenarbeitens" und des sich in der Eusammenarbeit herausstellenden "Verstehens" und "Bewährens" vor aller präzisen Bestimmung darüber, was man in dieser Kooperation und Vereinigung nun wirklich vertritt, verfällt der bürgerlichen Ideologie vom team-work oder der rationalen Kommunikationsgemeinschaft(Habermas) und verhindert, was nötig ist: politische Stellungnahmen.

Die Gewerkschafts-AK wird nur ein erster Schritt sein können, um zu bestimmen, welche gemeinsamen und gegensätzlichen Standpunkte, welche Kooperationsmöglichkeiten und Vereinheitlichungen begründet sind. Wir werden nicht von vornherein die Auseinandersetzung vermeiden, weil es ja um "Zusammenarbeit" gehe. Politische "Zusammenarbeit" ist nur auf dem Weg der weiligen Kritik und Selbstkritik zu er-Teichen. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Alles andere verfällt zumindest einer neurotischen Diskussionen der letzten Gefahr: der des Opportunismus!

Noch ein Nachtrag zum Thema "sachliche Zusammenarbeit"

Bei der letzten gemeinsamen Diskussion zur Vorbereitung der Gewerkschafts-AK haben die Pädagogen erstmals explizit abgelehnt, schon vor dieser AK "interfraktionelle" Arbeitskreise zur Erarbeitung einzelner "Sachgebiete" einzurichten. Das hat die anderen Gruppen fast vollständig gegen uns aufgebracht, zumal die 'Pädagogen' zuror - was kritisert werden muß - einen lauen und kompromißlerischen Standpunkt eingenommen hatten.

Der Zweck, den wir der Beteiligung am -info zugesprochen hatten, war jedoch non immer:

die theoretische Auseinandersetzung mit den anderen diskussionswilligen Frankfurter Gruppen einzuleiten. Die organisierte theoretische Arbeit ist der allererste und wichtigste Schritt im Organisationsprozeß der Frankfurter antirevisionistischen Gruppen. Das SC-info hat in dieser ersten Phase Plattform dieser Auseinandersetzung zu sein. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, das alte Organisations und Diskussionschaos des SDS durch die Hintertür wieder einziehen zu lassen, indem wir die vorschnelle "Wiedervereinigung" der z.T. ziemlich diffusen Gruppierungen forderten. Was sich vereinigt, sollte selbst schon Kontur haben. Die außerordentlich sprunghaften, vielfach opportunistischen Argumentationen in der Vorbereitungsdiskussion haben das

offenkundig gemacht.

"Sachliche Zusammenarbeit" täuscht zudem vor, sie ließe sich als "unpolitische" von diesen Gruppen betreiben, wenn man glaubt, ideologische Divergenzen hinwegeskamotieren zu können. Politische Auseinandersetzungen, zu denen es aber in diesen Arbeitskreisen zwischen den Gruppen gekommen wäre, hätten diese Vorbereitungsarbeit - wie bei den Vordiskussionen bloß destruiert und Ergebnisse verhindert, weil in politische Stellungnahmen vor der Konferenz schon immer der Kompromiß zwischen allen Beteiligten die Voraussetzung gewesen wäre.

Falsche Ansätze vermeiden!

Einen eigenen Standpunkt können wir nur gewinnen, indem wir uns auch mit falschen Ansätzen, wie sie derzeit kursieren, auseinandersetzen. In den bisweilen etwas Wochen versuchten manche Gruppen manchmal in geradezu läppischer Weise unsere Organisationsansprüche zu kritisieren. Wenn wir in der Folge bestimmte Positionen kritisieren, so immer unter der Perspektive einer hypothetisch vorgestellten und von den Frankfurter Gruppen mit zu konstituierenden gemeinsamen Organisation. Deshalb haben diese Stellungnahmen nicht nur bezüglich unserer eigenen Ansätze Relevanz, sondern versuchen auch die Vorstellungen und die Praxis der anderen Gruppen in Frankfurt zu kritisieren, ja sogar Hinweise zu geben, wie ein die Gruppen übergreifender Organisationszusammenhang strukturiert sein müßte und welche Fehler dieser Organisationsentwicklung nicht unterlaufen sollten.

Was sind überhaupt "arbeitende Gruppen"?

Eine Argumentation ging implizit dahin, eine Gruppe definiere sich schon dadurch ausreichend selbst, daß sie "Betriebsarbeit" mache, was sich im wesentlichen darauf reduziert, daß ein Teil dieser Gruppe in den nächsten Semesterferien in den Betrieb gehen will. Nicht, daß wir in der derzeitigen Phase des Aufbaus revolutionärer Organisationen die Berechtigung oder die Notwendigkeit von Betriebsarbeit bestreiten wollten. Innerhalb eines langfristigen Plans, als Teil einer Klassenanalyse, die die Einheit von Studieren, Organisieren und Kämpfen berücksichtigt und herstellt, also schon immer nur im Auftrag einer tragfähigen und konsolidierten Organisation und was vielleicht das wichtigste ist - nach

ründlicher theoretischer und analyticher Vorbereitung (wobei auch immer die rage ist und vorläufig bleibt, inwieern in diese "Vorbereitung" auch schon mer eine bestimmte Praxis mit eingehen uß), sind solche Untersuchungstrupps im etrieb notwendig, um die Kader der revo-Lutionären Organisation in den Betrieben u schaffen und zu verankern.

legen den wissenschaftlich-politischen Dilettantismus.

as Schneider-Bubenzer-Papier der Berlier ML(das diese allerdings nicht selbst veröffentlicht hat) hat jene Organisations-Die ML und die mit ihr sympathisierenden bedingungen jedenfalls teilweise richtig benannt. Deshalb können wir uns demgegenber nicht mehr als Ignoranten verhalten, tie gleichzeitig so tun, als müßten alle ragen erst noch geklärt werden, bevor therhaupt mit der Praxis begonnen werden nnte. Gerade aber auch die lächerliche raxis der ML in Frankfurt ist es, die uns keineswegs so einfach gemacht, wie die vor dem Fehler bewahren sollte, ohne gründ-ML suggeriert. Statt in einen opportunitiche theoretische Vorbereitung die Beriebsarbeit in Angriff zu nehmen. Einige irzschriften von Mao und Stalin reichen azu ebenso wenig aus, wie der gute Wille chlechthin. Für manche Gruppen scheint ber - jedenfalls in ihrem Selbstvertändnis - schon der schlichte Entschluß, etriebsarbeit machen zu wollen, zur Identitätsbildung und zur Praxisvorbereitung usreichen zu sollen. Und dann wundern sich organisierendes Moment im notwendigen liese noch, wenn ihnen alles zur Handwerkelei gerät. Ausfluß dieses Bewußtseins var auch der ursprüngliche Vorschlag ler Betriebsprojektgruppe, das SC-info loß auf eine erweiterte und noch plurastischere Basis der Frankfurter "arbeienden Gruppen" zu stellen, ohne jeden weitergehenden Organisationsanspruch damit erbinden zu können.

gen den zur Formel geronnenen Dogmatis-

Die Verachtung des wissenschaftlichen Solalismus, der seinem Wesen nach kritisch ind revolutionär ist, ist daher eine roße Verantwortungslosigkeit, dem Proleariat gegenüber, ist Verbrechen an der rbeiterbewegung. Es ist eine zynische altung gegenüber dem Proletariat, das much noch als proletarische Linie anzusprechen."(Roter Morgen, März/April,S.1) Diese Worte aus der Plattform des ZK der 'PD/ML täuschen Selbstkritik vor. Die ML anternimmt nichts, den vielleicht falschen Eindruck zu verwischen, der aus den Diskussio/nen des letzten Jahres in Erin-

nerung ist, all ihre politische Tätigkeit, sofern diese überhaupt registrierbar ist durch physische Anwesentheit einzelner Individuen im Universitätsbereich, habe Rekrutierungsfunktion für die Betriebsarbeit, für die Arbeit am "Grundwiderspruch Die Plattheiten im "Roten Morgen" und in dem allmählich auf ein ähnliches Niveau regredierenden "Roten Blatt" in München sind durch die bloßen Versprechungen der Berliner ML, die sich aus der RPK zurückzog, um ein eigenes Organ herauszugeben und einmal mehr die grundsätzlichen Fragen(s.o.) aufzuarbeiten versucht, vorläufig nicht aufzuheben.

Grüppchen sollten die Klassiker studieren und sich nicht bloß mit handlichen Versatzstücken; mit denen sie sich selbs befriedigen oder nach ihrem eigenen regio nalen gusto verfälschen, zufriedengeben. Lenin beispielsweise hat es sich mit der Bestimmung des revolutionären Subjekts stischen Proletkult zu verfallen, hat er unermüdlich die Marxsche Methode der politökonomischen Analyse verbunden mit allseitiger Enthüllungspolitik und dem Aufbau der revolutionären Partei. Seine Kontroversen in den verschiedenen Etappen der revolutionären Entwicklung waren immer gegründet auf einen präzisen theoretischen Standpunkt, sie waren selbst ein Fraktionierungsprozeß!

Die ideologischen Sätze der Klassiker in der gängien Verkürzung (Plattform des ZK der KPD/ML) reichen aber überhaupt nicht aus, um materialistische Analysen und daraus die richtigen Organisationsansätze zu gewinnen, geschweige denn zur revolutionären Praxis zu kommen. Bloß immer das Industrieproletariat zum revolutionären Subjekt hochzustilisieren, ohne aus den Klassikern ebensowohl wie aus der Klassenanalyse ableiten zu wollen, ist Gaukelei und Selbsttäuschung.

Das Parteistatut ersetzt die Analyse nicht, sondern setzt diese voraus.

Die KPD/AO ihrerseits muß sich sagen lassen, daß ihre Entrüstung über die "Handwerkelei" der ML, die sich im Schneider-Bubenzer-Papier mit dem Begriff des"Experiments" tarne, ziemlich fadenscheinig

ist, wo sie selbst allenfalls höhere Ansprüche an die theoretische Vorarbeit der Genossen richtet. Vergessen hat sie diese Ansprüche schon immer da, wo es um die theoretische Begründung ihres eigenen organisatorischen Ansatzes geht. Die richtige Theorie über den Parteiaufbau zaubern die Genossen in Berlin und in gewisser Weise auch die Rote März-Fraktion in Frank- in den einzelnen Abteilungen und Betriefurt in Eintracht mit der ML aus der Tasche, wie der Zauberer den Oserhasen. Es scheint so, als hielten sie sich gegenseitig die Augen zu, um sich besser betrügen zu können.

"Die 'Vorläufige Plattform' heißt wohl deshalb vorläufig, weil sie jeder inhaltlichen Bestimmung von Positionen vorausgeht und diese organisatorisch dennoch bis ins einzelne festlegt. Das ist die feierliche Verkündung des Parteistatuts, bevor das Programm der Partei auch bloß skizziert bewältigen und systematisieren zu können. ist, das ist die Haltung des Ochsenfrosches Ähnliches gilt auch für die organisatorikurz bevor er platzt" (Rotes Forum, Redakthelle Stellungnahme, 2/70, S.) Leider ist mit dieser spättischen Kritik noch nicht viel geändert, zumal die KPD/AO immer nur falsche Argumente aufnimmt oder sich womöglich selbst die Buhmänner zurechtschustert, die sie zerstören will.

Richtiges und Falsches am Klassenanalyse - Papier der Berliner ML

Das Schneider-Bubenzer-Papier der Westberliner ML, das angibt, wie die "Klassenanalyse unter Führung der Marxistisch-Leninistischen Organisation in Angriff" zu nehmen sei, enthält ein bemerkenswertes Theorem: die Einheit von Studieren, Organisieren und Kämpfen sei ein Kriterium für die Richtigkeit der Methode und der politischen Praxis der allseits geforderten Kassenanalyse. Die Berliner ML gibt sich dabei mit einer sehr kurzfristigen Schulung vor der mindestens dreimonatigen Betriebsarbeit zufrieden. Im Betrieb sollten die Genossen sich durch die Arbeitssituation selbst agitieren, sollten Daten sammeln über Bewußtseinsstand und Handlungs der eingeladen wurde, noch sich selbs potential der Arbeiterklasse und ihrer Fraktionen, und da dies nicht ohne die Entwicklung von Konflikten im Betrieb selbst überprüfbar wäre, müßten die arbeitenden Genossen für diese Konflikte z.T. selbst sorgen bzw. ohnehin vorhandene Konflikte aufgreifen, verschärfen und organisatorisch nutzen. Nach ihrer Betriebstätigkeit bzw. Farallel dazu

hätten die Genossen ihre Erfahrungen zu systematisieren. In einer abschließenden Aktionsbesprechung zur "Zeitnehmer(Lindemeyer)-Aktion" und zur "Hitze-Aktion" bei Bosch in Berlin wird resümiert, daß erst in dem Augenblick, da die ML-Organisation in den Betrieben, bzw. Abteilungen fest verankert sei durch Kader ben, derartige Konflikte politisch genutzt werden sollten.

So richtig diese Kritik und Selbstkritik z.T. sein mag, so klammert sie doch noch immer das Problem der theoretischen Vorbereitung auf diese Betriebsarbeit weitgehend aus. Es genügt nicht, zu glauben, mit einer Schnellschulung in wenigen Wochen die theoretischen und praktischen Aufgaben, die sich im Zusammenhang der Betriebsarbeit ergeben, sche Vorbereitung. Die theoretische Hilflosigkeit der ML - die ja im Schneider-Bubenzer-Papier vergleichsweise gering ist, schlägt sich eben nieder, wenn nur proklamiert wird, daß nach der Betriebs arbeit und in Vorbereitung der eigentlichen Klassenanalyse (Einheit von Studieren, Organisieren und Kämpfen) das Studium der politischen Ökonomie und des historischen Materialismus systematisch weitergetrieben wide. Hier ersetzt das bloße Postulat die theoretische Arbeit.

Zwei Streitpunkte

1) Welches sind die Kriterien für die Mitarbeit am SC-info?

Vorerst beteiligen sich bis zur Gewerkschafts'AK in Frankfurt fünf Gruppen an der Redaktion: KG(Schwarze Linie), Betriebsprojektgruppe, Sozialistische Arbeiter-Gruppe, "Pädagogengruppe", Basisgruppe der Politologen. Diese Beteiligung hat sich weder aus Gründen des ideologischen Konsens" (es sei denn negativer Art gegenüber der ML, die weeingeschaltet hat), noch aus denen einer umfassenden politischen Arteit und daraus abgeleiteten Ansprüchen ergeben, sondern auch aus bloß voluntaristischen Ansprüchen, mehr oder weniger abgedeckt durch die je spezifische Schulungstätigkeit, den eigenen Organisationsgrad und die bestimmbare Praxis. Die Ansprüche der einzelnen Gruppen werden

sich aber erst realisieren können, wenn

die Gewerkschafts-AK zumindest erste Auskünfte über die Arbeitsfähigkeit, den Organisationsgrad und den ideologischen Standpunkt der Gruppen gegeben hat. Deshalb hatten die Pädagogen ursprünglich gefordert, daß erst mit der ersten Arbeitskonferenz das SC-info von den genannten Gruppen übernommen werden sollte.

Grundsätzlich könnten also folgende Kriterien für die Teilnahme an der Redaktion als verbindliche diskutiert werden:

- 1. Kontinuierliche und durch ein begründetes Programm ausgewiesene Schulung zur politischen Ökonomie und Revolutionstheorie.
- 2. Klassenanalytische Arbeit
- 3. Regelmäßige Publikationstätigkeit
- 4. Begründung der jeweils betriebenen Praxis. Berichte über diese Praxis.
- . Beteiligung an den theoretischen Auseinanderwetzungen mit den anderen Gruppen. Dh. zunächst: Teilnahme an den Arbeiskonferenzen mit vorbereiteten Beiträgen.

Zum letzten Punkt wäre noch zu sagen, daß die Gewerkschafts-AK nicht als bloß unmittelbar funktional für die Arbeit der sog. "Betriebsgruppen" eingeschätzt werden darf. Sie ist eine der Arbeitskonferen-ist in sich pazadox und lächerlich. Einzen, die insgesamt versuchen, zu den zentralen Fragen der Revolutionstheorie Stellung zu nehmen und einen wenigstens vorläufig geklärten Standpunkt zu erarbeiten. Insofern ist die Gewerkschafts-AK für alle sich antirevisionistisch verstehende Gruppen unabdingbar für ihre Versuche, in den Organisationsprozeß in Frankfurt eingreifen zu kömen. Die Beteiligung an dieser AK mit vorbereiteten Beiträgen sollte deshalb schon eine der Bedingungen für die Teilnahme an der info-Redaktion bis zur Gewerkschafts'-AK

2. Muß die Politik der "Pädagogen" bekämpft werden?

Manche Gerüchte, die zu uns gelangen, bezeichnen die Widerstände und Aversionen, die einige Gruppen gegen uns zu entwickeln scheinen. Es wird uns da ein unangemessener Führungsanspruch, eine willkürliche Setzung von Beteiligungskriterien am imb, von anderer Seite wiederum auch Opportunismus u.ä. und zuguterletzt auch autoritäres Verhalten am Pädagogischen Seselbst vorgeworfen. Das kulminiert in der Drohung, daß jetzt unsere Politik bekämpft werden müsse.

Zunächst ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir die organisatorische Setzung des Druckkollektivs am PS und die politischen Folgen, nachdem dieses Kollektiv nach außen mit bestimmten Forderungen - etwa in der Kambodscha-Frage und beim SC-info, aber auch schOn beim Schülerstreik gegen den numerus clausus aufgetreten war, bereits selbst längst problematisiert haben und eine organisatorische Umstrukturierung am Seminar anstreben, die einerseits die Prinzipien des "demokratischen Zentralismus" andererseyits jene oben beschriebenen politischen(theoretischen wie praktischen) Schritte erlaubt, die wir für notwendig halten. Im nächsten Info werden wir dieses Organisations modell vorstellen. Was hingegen den Vorwurf des Opportunis mus angeht, so ist er uns keineswegs bezüglich unserer Grundhaltung zu machen, sondern, sondern allerdings in dem Punkt, daß wir im Bemühen um Zusammenarbeit hin und wieder faule Kompromisse eingegangen sind, die wir später negieren und erneut zur Diskussion stellen mußten.

Der Vorwurf, wir würden einen Führungsanspruch der 'Pädagogen' propagieren, mal haben wir deutlich genug beschrieben und werden das später noch bei der Begründung unseres Organisationsmodells weiter ausführen, daß wir uns nicht als 'Pädagogengruppe' zur Urzelle der revolutionären Partei hochstilisieren wollen und von daher etwa einen Führungsanspry anmeldeten.

Das gilt auch dann, wenn wir fordern, daß die Aufgabe der Frankfurter Gruppen ist, eine Programmdiskussion zu führen, die klärt, um welche Organisationsmodelle oder gar Parteimodelle es sich für uns in der gegenwärtigen historischen Phase in der BRD bei dem Versuch zur Rekonstruktion der Klassenkämpfe beizutragen, handeln kann.

Diejenigen, die diese Diskussion tabuisieren, überlassen bloß der ML das Feld, die ganz bewußt die Faszination eines bloß ein für allemal gesetzten Organisationsmodeals ohne theoretische Skrupel ausnutzt!

Es ist wiederholt von uns gesagt worden, wie wir uns die nächsten organisatorischen Schritte in Frankfurt vorstellen, was hypothetisch immer davon ausgeht, daß

wir als'Pädagogengruppe' uns selbst "auf heben" werden, um in eins weiterführendes Stadium der Organisation des Klassenkampfes eintreten zu können. Derzeitig kommt es präzise darauf an, wie dieser Übergang eingeleitet werden kann und er betrifft ebenso die anderen Frankfurter Gruppen. Komisch wirkt der Vorwurf vom "Führungsanspruch" der Pädagogen oder zumindest der, uns deshalb bekämpfen zu wollen, wenn uns vorgeworfen wird, wir hätten unsere Teilnahme an der Kambodscha+Demonstration davon abhängig gemacht, daß die alte Frankfurter Handwerkelei ein Ende haben müsse, daß das SC-info überhaupt wieder eine politische Funtkion erhält, daß die einzelnen Gruppen sich politisch selbst definieren müßten und nicht immer alles dem na türwüchsigen "Prozeß" der Vereinheitlichung überlassen werden dürfte, weil an sonst den alten Fehler des SDS, sich in die "Bewegung" aufzulösen, schon wieder reproduzieren würde.

Bodo Voigt("Pädagogen")

BERICHT DER STADTTEILGRUPPE GALLUSVIERTEL

Die Stadtteilgruppe hat sich erst vor kurzem konstituiert. Sie setzt sich zusammen aus Genossen und Genossinnen der ROTZPOL, ROTZJUR, ROTE NACHHILFE, von Genossen an den Black-Panther-Solidaritäts-Komités und Genossen, die im Gallus-Viertel schon Kinder- und Schülerarbeit betreiben. Der Zusammenschluß dieser Genossen wird verstanden als Versuch, die bisherigen Bemühungen dieser Gruppen. praktische Arbeit in einem Stadtteil vorzubereiten, inhaltlich zu verbinden und einen gemeinsamen praktischen Ansatz zu erarbeiten.

Die Überlegungen zur Relevanz von Stadtteilarbeit sind: Wenn auch der Arbeitsprozeß als Teil des Produktionsprozesses unmittelbar Ausdruck kapitalistischer Klassenherrschaft ist, so gehören die Lebensverhältnisse des Proletariats außerhalb des Betriebes nicht nur zu den Folgen der Klassengesellschaft, sondern sie sind auch konstituierendes Moment von Klassenherrschaft. Praxis, die zur Entwicklung proletarischen Klassenbewußtseins beitragen will,

kann den Kampf gegen den Kapitalismus nicht nur in industriellen
Großbetrieben - strategisch entscheidenden Orten für kommende
Klassenkämpfe - führen, sondern muß
alle Bereiche erfassen, in denen Widersprüche sich ausdrücken, deren
Aufzeigen die Widersprüchlichkeit
des kapitalistischen Systems entschleiert und an denen Agitation
und Propaganda mobilisierend ansetzen muß.

In der gegenwärtigen Phase noch nicht einheitlicher, wenigstens lokaler Organisation kann sozialistische Praxis nur arbeitsteilig geleistet werden, z.B. von Betriebsgruppen einerseits, und andererseits Gruppen, die die übrigen Bereiche der konkreten Lebensverhältnisse des Proletariats erfassen. Gerade bei der nur ansatzweise vorhandenen Kooperation und Koordination der Frankfurter Gruppen sehen wir auf der anderen Seite die Gefahr, daß eine Praxis, die sich nur auf einzelne Sektoren (z.B. Erziehungsbereich. Wohnungsfrage, Gesundheitssektor etc) bezieht, leichter zu einer reformistischen oder handwerklerischen Politik führen könnte. Dadurch, daß wir Projekte nicht isoliert voneinander in Angriff nehmen werden, sind wir eher in der Lage, sämtliche das Arbeiterbewußtsein konstituierenden Komponenten zu erfassen, gewonnene Erfahrungen systematisch zu verallgemeinern, organisatorisch zu reflektieren und für strategische Diskussionen auszuwerten. D.h. daß die Arbeit in den verschiedenen Bereichen, sei es im Sozial-, Konsum- oder Erziehungsbereich, immer nur ein Teil der gesamten Agitationsarbeit sein kann und Konflikte ständig von einem Bereich auf den anderen ausgedehnt werden können und müssen. Kriterium für die Auswahl des speziellen Bereichs, in dem jeweils angesetzt wird, sind latente oder akute Konflikte, sie sich nicht bloß als zufällig oder lokale Konflikte, sondern als abhängig vom Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung ver-mitteln lassen und damit zur Erweiterung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter beitragen. Diese Konflikte sind ständig darauf zu überprüfen, inwieweit

als relevant erkennbarer Ansätze der Organisation von Widerstand agitatorisch ausnutzbar und in Form praktischer Solidarität zu verstärken sind, und inwieweit unsere solche Konflikte aufgreifende Praxis die vorläufig formulierten theoretischen und praktischen Erkenntnisse reflektiert und eventuell erweitert.

Das bedeutet für unsere Gruppe, daß wir gemeinsam mit den Betriebsgruppen den gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der bisher auch wegen der Isoliertheit der jeweiligen Einzelprojekte verlorengegangen ist, durch Konzentration auf ein Stadtviertel erreichen können. Wir einigten uns auf das Gallus-Viertel, da es nach statistischen Daten das Viertel mit der höchsten Arbeiterbevölkerung in Ffm. ist und zudem der Prozentsatz der im Viertel Wohnenden und Arbeitenden der höchste ist und damit das Gallus-Viertel als relativ "homogenes" proletarisches Viertel eingeschätzt werden kann.

Diese statistische Verhältnis ist für uns auch deshalb wichtig, weil Stadtteilarbeit und Betriebsarbeit in Zusammenhang stehen; es gilt einerseits, Konflikte im Betrieb über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinauszutragen, und andererseits Konflikte im Stadtteil in Agitation innerhalb der Betriebe umzusetzen. Längerfristig ermöglicht dies die personalidentische Organisation vom Betrieb und vom Stadtteil her. Die Kooperation von Betriebs- und Stadtteilgruppen ist dafür notwendige Voraussetzung. Diese Konsequenz hat inzwischen zu ersten Ansätzen von Zusammenarbeit zwischen Stadtteilund Betriebsprojaktgruppe geführt: beide Gruppen sind gegenseitig auf ihren Plenen durch Delegierte vertreten, wodurch die Gruppen liber den jeweils aktuellen Arbeitsstand informiert werden sollen. Bestimmte -theoretische und praktische Aufgaben Nach Auflösung des Koordinationssollen unter Umständen arbeitsteilig Gremiums mißte dieser Zusammenhang in Angriff genommen werden. Welche quenzen sich aus dieser punktuellen Zusammenarbeit ergeben werden, kann

sie aufgrund derzeit gegebener und erst bestimmt werden, wenn die Gruppen in ihrer praktischen Arbeit weitere fortschritte gemacht haben.

> Die Arbeit im Gallus-Viertel wurde begonnen mit der Auswertung des zunächst zugänglichen statistischen Materials und ersten Kontakt- und Ermittlungsgesprächen. Es wurden drei Untergruppen gebildet: 1. allgemeines statistisches Material möglichst vollständig zu erstellen, 2. Tradition und Aktualität von Konflikten im Viertel auszuwerten, 3. Material über die Situation der Jugendlichen zu sammeln. Dieser Aufnahme der praktischen Tätigkeit korrespondiert die Auseinandersetzung mit bisher vorliegendem Material über Prinzipien von Untersuchungen und Voruntersuchungen zur Erstellung der Klassenanalyse (unter anderem Schneider-Bubenzer-Papier), das ein Arbeitskreis unter Heranziehung bisheriger Kritik auf Verwertbarkeit für unsere Arbeit und den klassenspezifisch richtigen Ansatz hin untersucht. Ein weiterer Arbeitskreis beschäftigt sich mit der Aufarbeitung historischer Brfahrungen und aktueller Fragen proletarischer Erziehung, da proletarische Erziehungsarbeit ein wesentlicher Bereich unserer Tätigkeit sein wird. Zur Zeit wird von diesen Genossen eine Kritik des ROTKOL-Papiers vorgenommen, die allerdings nur begrenzt für uns praktisch verwerthar sein wird, da sich das Papier zu einseitig auf Erziehungsfragen bezieht und mit ungeklärten Kategorien arbeitet. Diese praxisbezogene theoretische Arbeit wird auch zur Konzeption eines Schulungsprogrammes führen.

Neben unserer bisherigen theoretischen und praktischen Arbeit wird sich unser Selbstverständnis auch durch einen kontinuierlichen Diskussions- und Informationszusammenhang mit den Frankfurter Gruppen bestimmen, die bisher im Koordinations-Gremium mitgearbeitet haben. im Rahmen der neuen Info-Redaktion definitiven organisatorischen Konse-gewährleistet sein. Diese Bestimmung wurde der Redaktion während der Diskussionen im Koordinations-Gremium

auch gegeben (vgl. The n-Papier der BPG) und unwidersprochen akzeptiert.

Diese ursprüngliche Konzeption wird durch eine zu enge Verbindung von geplanter Gewerkschafts-AK und den Inhalten des Info verfälscht. Die inhaltliche Vorbereitung der Gewerk-zu vernachlässigen. schafts-AK kann nicht zum alleinigen Kriterium der Besetzung der Info-Redaktion gemacht werden.

Die Stadtteilgruppe kann als neu entstandene Gruppe, für die die Ge-

werkschaftsfrage im Gegensatz zu den Betriebsgruppen zunächst nur in Teilbereichen (soziale Aktivität der Gewerkschaften) von Bedeutung ist, eine Teilnahme an der Vorbereitung der AK zur Zeit nicht leisten, ohne im Augenblick wichtigere Aufgaben

Aus den oben angegebenen Gründen wird sich die Stadtteilgruppe an der Redaktion des Info beteiligen.

Stadtteilgruppe Gallus

BEITRAGE ZUM KAMBODSCHA-TEACH

trag zum Kambodscha-Teach-in am 8.5.1970

Vietnam ist in historischer, ökonomischer und ideologischer Beziehung ein Beispiel für zwei Behauptungen:

a. "Obschon es der westliche Kapitalismus versäumte, die materielle Lage der Bevölkerung in den meisten rückständigen Gebieten zu bessern, brachte Italien oder Großbritannien... Sie er es immerhin zuwege, deren gesellschaftliche und politische Verhältnis-Geschichte von Norden nach Süden und se auf eine besondere Weise zu modeln; in jüngerer Zeit von Ostnach West... er führte dort, und zwar mit geradezu aufregender Schnelligkeit, all diejenigen ökonomischen und sozialen Spannungen ein, die ihn selber auszeichne-Nordens und seiner jüngeren Ausdehten. Er zerstörte gründlich, was vom 'feudalen' Zusammenhalt in diesen Gellschaften übriggeblieben war. Er setzte Marktvereinbarungen an die Stelle der patriarchalischen Konvention, die jahrhundertelang gegolten hatte. Er richtete die ganz oder überwiegend autarken Märkte der Agrarstaa-Seit dem 10. Jahrhundert sind die ten auf die Produktion wettbewerbsfähiger Güter aus. Er verknüpfte ihr wirtschaftliches Schicksal mit den Zufällen des Weltmarktes und kettete sie an die internationale Preispolitik." (Baran) (1)

b. Dem französischen, japanischen und amerikanischen Kapitalismus ist es seit 1860 nicht gelungen, die territoriale, nationale und revolutionare Einheit Vietnams zu zerstören. Es ist nicht gelungenen, die im vietnamesischen Volk vorhandenen Widersprüche durch den Imperialismus so zu verschärfen, daß darüber die langandau-

ernde Kampfkraft des vietnamesischen Volkes zerbrochen wäre. Im Gegenteil: diese Widersprüche haben diese Kampfkraft noch verstärkt.

1. "Die territoriale Einheit des vietnamesischen Landes ist ... keine direkte geographische Gegebenheit wie ist eine langsame Errungenschaft der Sie hat die Unterschiede zwischen den Bewohnern der Ebenen und denen der Berge, zwischen dem Altvietnam des nung im Süden nicht verwischt. Sie bewältigte jedoch alle regionalen Nuancen. um dem Volk Vietnams einen außerbrdentlichen Zusammenhalt zu ver-Leihen, der einen Hauptfaktor des gegenwärtigen Kampfes darstellt." (Chesneaux) (2)

Vietnamesen in einem "langen Marsch" in den Süden gewandert und haben ie Urbewohner assimiliert. Den orrang des ökonomischen und soziaen Aufbaus besitzt die bewässerte eiskultur der Ebene. Die Urbarmahung und der Prozeß der Inbesitzahme des Südens waren kaum abgechlossen, als die Franzosen 1860 las Mekong-Delta besetzten. Sie lachten sich die kulturellen und listorischen Besonderheiten des Sülens zunutze und erklärten den Süen (Cochinchina) zur Kolonie, wähend der Norden und Zentralvietnam

(Tonking, Annam) lediglich Protektorate waren.

sches Eigentum, das durch Halbpächter bearbeitet wurde.

Reis- und Kautschuk-Plantagen produzierten für den Weltmarkt, Innerhalb der "asiatischen Produktionsweise" der Dörfer kam es zwar schon vor dem Einfall der Franzosen zu einer feudalen Ausbeutung der armen Bauern durch Grundbesitzer, aber die Franzosen verstärkten diese Tendenz, weil nur der Großgrundbesitz eine profitable Produktion für den Weltmarkt garantierte. "Auf dem Lande begünstigte die fortschreitende Entwicklung der Geldwirtschaft eine Konzentration des Eigertams, das Ansteigen von Pachtgeldern, die zunehmende Geldform der Grundrente, und erhöhte so das Elend der Bauern und die Lasten des Feudalregimes". Während sie auf der einen Seite die Pressionen der feudalen Herrschaft verstärkten, da sie sich auf die Privilegien der Feudalherren zu stützen gezwungen waren, versuchten sie auf der anderen Seite eine Bourgeoisie zu züchten, die sich nach den Normen des westlichen Kapitalismus richten sollte. Diese Mittelklasse sollte in die Lage versetzt verden, politische Herrschaft im Sinne der Kolonialherren auszuüben. Aber nicht diese einheimische Bourgeoisie, sondern die privaten und staatlichen Kapitalisten schufen nit der Errichtung von Häfen (Haihong und Saigon) und moderner Indutrie ein Elnheimisches Proletariat, cas zur nu Ginem verschwindend geringen Teil ir den Fabriken der vietnamesischen Kapitalisten beschäftigt war.

estens aber seit den Genfer Abkomnen von 1954 bestimmen die Amerikarer das wirtschaftliche bild Südvietnams. Die historische und nationale
Finheit Vietnams scheint durch die
Gründung der DRV 1954 zerspalten.

(bwohl der Art. 6 der Genfer Verträge die Demarkationslinie als provisorisch und nicht als politische und
territoriale Grenze interpretiert,
tehandeln die Amerikaner den Süden
als getrennte Einheit, die es gegen
Subversion und Kommunismus aus dem
Norden zu schützen gilt, sie setzen

die Marionettenregierung Diem ein, sie pumpen in ein Land, dessen Bruttosozialprodukt 1.3 Mrd. Dollar jährlich beträgt, 2 Mrd. Dollar. Die Folgen sind Inflation, Schwarzhandel, unabsehbare Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit.

"Es ist falsch, von Neokolonialismus in Südvietnam im ... klassischen Sinne des Begriffs zu sprechen, da das grundlegende Anliegen der USA nicht das ist, durch andere politische Methoden ... einen klassischen kolonialökonomischen Profit zu suchen. Das amerikanische Geschäftemachen erhält jedoch in Südvietnam freien Lauf und führt zu höheren Profiten der privaten Industrie und Handelsfirmen, die aus den seit 1954 angewandten massiven Dollarspritzen ihren Nutzen ziehen. Die massiven Importe amerikanischer Produkte interessieren vor allem den Gebrauchswarensektor und den der Luxuswaren. Eine künstliche Nach-frage wurde auf diese Weise in den gesellschaftlich parasitären Schichten des xxxxxxxxxxxxxx vietnamesischen Establishment geschaffen. Diese Maßnahmen jedoch, weit davon entfernt, ein Heilmittel für die Unterentwicklung und das Elend Südvietnams zu sein, verwunden die Wirtschaft des Landes nur noch mehr."

Nicht nur das traditionelle Handwerk, sondern auch die - eh schon schwindsüchtig kleine - Bourgeoisie ist zugunsten einer neuen Schicht von Parasiten und Compradores ruiniert.

Es ging den Amerikanern darum, durch die Anregungen des "Freien Unternehmertums" Vietnams Zugehörigkeit zur freien Welt zu betonen und als Abfallprodukt des gigantischen Militärstützpunktes Vietnam die kurzfristigen Profite privater industrieller Investitionen zu sichern.

Indem die Amerikaner nach den Genfer Verträgen gleichzeitig im Norden
und im Süden angriffen, hofften sie,
den doppelten historischen Prozeß,
der sich in allen entkolonialisierten Ländern abspiolt - den der nationalen Befreiung und den der sozialistischen Entwicklung - zu unterbinden.

ad b.

"Dieses Bild (zwei Reissäcke, verbunden durch einen Stock) reflektierte das Gleichgewicht der viet-

namesischen Ökonomie in der Kolonialzeit, d.h. die Tatsache, daß allein die Produktionsgebiete der für den Weltmarkt interessanten Bodenerzeugnisse (Reis, Kautschuk im Süden und Reis, Kohle im Norden) zählen. Das mittlere Gebiet war jedoch vernachlässigt, und die interregionalen Verbindungen wegen der geringen Kaufkraft des vietnamesischen Verbrauchers und einer fehlenden Aktivität des Innenmarktes wenig aktiv."

Allerdings nehmen diese mittleren Zonen heute einen entscheidenden Platz in der vietnamesischen Widerstandsstrategie gegen die amerikanische Eskalation ein. Wie kommt das?

1. Die nationalen Befreiungskämpfe haben eine jahrtausendealte Traditi. Vom 10. bis zum 18. Jahrhundert kämpften die Vietnamesen regelmäßig gegen chinesische dynastische Übergriffe und Besetzungen. Wichtig ist dabei, daß diese Befreiungskämpfe nicht allein zwischen den vientmasischen und chinesichen Herrscherhäusern ausgetragen wurden, wie Hahnenkämpfe, sondern immer von Volksbewegungen getragen wurden.

Der Herrscher, Sohn des Himmels, war zwar immer der Chef einer die Bauern unterdrückenden Mandarin-Verwaltung, aber er war als Verant-wortlicher für die Aufrechterhaltung der Dämme und Bewässerungsanalagen der Reisfelder gleichzeitig Symbol der vi namesischen Gesamtheit.

2. Die asiatische Produktionsweise (produktive Dorfgemeinschaften auf der Basis von kommunalem Eigentum) verhinderte auch während der Kolonialzeit der Franzosen das totale Auseinanderbrechen der Dorfgemeinschaften. zumal der vietnamesische Feudalismus niemals die brutalen Eigenschaften des russischen oder preußischen aufwies: "Grundbesitzer und Bauern lebten trotz allem das gleiche Leben im Rahmen der Dorfgemeinschaft, deren sehr reale Solidarität die Klassenausbeutung milder-volutionären und damit zum internate und nuancierte." Das hat seinen praktischen Ausdruck darin gefunden, daß ein großer Teil der Grundbesitzer sich nicht der parasitären Oberschicht wuschlug. Diese solidarischen Grundherren wurden in den Gebieten, in deren die Befreiungsfront Landreformen durchführte, entschädigt.

3. Außer den Widersprüchen zwischen Norden und Süden gibt es einen zwischen Ost und West: denjenigen zu den Bergvölkern der Hochebene, die zwar zur vietnamesischen Nation gehören, aber in ethnische Minderheiten zersplittert sind. Das hatten sich die Franzosen 1953 zunutze gemacht. Der Plan Navarre hatte seinen Hauptsützpunkt auf der südlichen Hochebene, auf der die französischen Truppen in keiner Weise behindert wurden.

"Durch langwierige und geduldige Arbeit sammelte die Befreiungsbewegung allmählich die Stämme des Bergplateaus um sich. ... Diese Sammlung ist umso bedeutsamer, wenn man in Betracht zieht, für wie wichtig der amerikanische Generalstab anfänglich die Kontrolle über dieses Gebiet hielt. Von 1954-59, seit der Gründung der Befreiungsfront, baute er dort immense Flughäfen, Stra-Ren, Nachschubbasen... Dies unterstreicht abermals den Vorbedacht, mit dem die amerikanische Intervention in Vietnam ausgeführt wurde."

- a. Die technische Überlegenheit einer komplizierten Kriegsmaschinerie ist nutzlos in einem Kampf, der von einer gesamten Nation seit Jahrhunderten gegen wechselnde Gegner geführt wird. Lebendige Kampferfahrungen stehen gegen tote Maschinerie.
- b. Das Ausbeutungsverhältnis der französischen Kolonialmacht zu der Kolonie Vietnam machte es unmöglich. die militärische durch eine wirksame politische Offensive zu ergänzen.
- c. Die Franzosen waren unfähig, offensive Eroberung und langfristige Besetzung der eroberten Gebiete miteinander zu verbinden, während für die kämpfenden Vietnamesen Front und Hinterland austauschbar waren.
- 4. "Die revolutionäre Erfahrung des vietnamesischen Volkes ist nicht alter als ein Menschenleben... Diese Erfahrung ist jedoch außerordentlich reich."

Der Übergang vom nationalen zum retionalen Kampf war bei den Vietnamesen unproblematischer als etwa in Indien und in den Ländern des Nahen Ostens. Das hat mehrere Gründe: Die Bourgeoisie, die Mittelschichten insgesamt waren zu schwach entwikkelt, um tatsächlich - gegründet auf eine ökonomische Machtstellung - den

nationalen Befreiungskampf machtvoll gegen die Japaner aufzunehmen. zu einem Zeitpunkt, zu dem die traditionellen Führungsgruppen dieses Kampfes, die konfuzianischen Gelehrten, nurmehr den alten nationalen Werten und Kampferfahrungen nachtrauerten. Für das Proletariat der von den Kolonialisten errichteten Industriezentren waren Klassenfeind und Imperialisten identisch, da nur ein verschwindend geringer Teil der Proletarier in den Betrieben vietnamesischer Kapitalisten arbeitete. Gleichzeitig war das liberale Bürgertum - sofern man überhaupt von einem solchen sprechen kann - durch die ständige Kollaboration mit den wechselnden Kolonialherren diskreditiert:

"Politisch und soziologisch handelt es sich ... um Bewegungen ... die nationalen Bewegungen (Dai-Viet, VNQDD, Dong-Minh-Hoi), die sich in Beziehung zur kolonialen Fremdherrschaft definieren und an die Gesamtheit des Volkes appellieren, die jedoch besonders in der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum verwurzelt sind und die die Klassenbeziehungen, die Frage des ökonomischen Regimes, das die Fremdherrschaft ablösen muß, ausklammern."

Entstehung keine große politische Anziehungskraft für die Massen der Städ-daß der Süden jedoch einen anderen Weg te, so verloren sie immer mehr an Bedeutung in dem Maße, wie das städtische Proletariat den revolutionären Kampf gegen die Eindringlinge und Kapitalisten gleichermaßen entfaltete. Und zwar in einem explizit internationalen Zusammenhang, der sich aus den dreifachen Beziehungen der kommunistischen Bewegung zur französischen Linken, zu China und zur Sowjetunion speiste. Die Gründung der KP Indochinas weist dann noch explizit auf diesen Zusammenhang hin. Sie nannte sich KP Indochinas, obwohl die Masse ih-rer Mitglieder aus Vietnamesen bestand, um deutlich zu machen, daß sie innerhalb des Rahmens, den der Imperialismus gesetzt hatte, ihren Kampf entfalten wollte. Das heißt: erst in zweiter Linie den Kampf um nationale Befreiung, aber in erster Linie den re-

volutionären Kampf gegen den internationalen Imperialismus. (In der Person Ho's vereinigten sich diese internationalen Beziehungen des vietnamesischen revolutionären Kampfes: er hat in Frankreich studiert, in der Komintern in der Sojetunion gearbeitet und von den Chinesen gelernt.)

"Mit der japanischen Besetzung, im Jahre 1941, ändert die Aktion der vietnamesischen Kommunisten ihre Form und wird spezifisch vietnamesisch. Ihrem Aufruf zufolge wird die Viet-Minh-Front gegründet... Zu diesem Zeitpunkt z.B. wählen die vietnamesischen kommunistischen Revolutionäre eine nationale Fahne... Bis dahin schwangen sie lediglich die rote Fahne der Komintern!

Die vietnamesische revolutionare Bewegung setzt so die nationalen Kampferfahrungen der vorhergehenden Genera tionen fort, indem sie sie transzendiert, sie auf die historisch-konkrete Situation des Landes bezieht. So wird nach wie vor der Aufbau des Sozialismus in Nordvietnam als Vorbereitung des Sozialismus für gesamt Vietnam verstanden:

"Dies kommt in der These der 'Beiden Etappen der vietnamesischen Revolution zum Ausdruck, die wiederholt von den Führern in Hanoi ausgesprochen wurde. Sie nehmen an, daß das gesamte vietna-Hatten diese Bewegungen schon in ihrer mesische Volk berufen sei, eines Tages den Weg zum Sozialismus einzuschlagen, in diese Richtung verfolge."

- (1) Paul Baran: "Über die politische Ökonomie unterentwickelter Länder", in "Unterdrückung und Fortschritt", Ffm, 1968
- (2) Jean Chesneaux, "Vietnam", Ffm 1968 (EVA). Alle Zitate außer dem ersten von Baran stammen aus diesem Buch.

(Monika Steffen im Auftrag des Redaktionskollektivs der roten texte)

ZUM VERHÄLTNIS BRD - USA

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag knüpft an das Referat von Brigitte Heinrich an, das in der letzten Nummer des SC-Info veröffentlicht wurde.

I.

Das westdeutsche kapitalistische System in seiner staatlichen Ausprägung als Bundesrepublik ist in seiner gesamten Existenz - begründet in seiner Ent-🕏 tehung - mit den Bedürfnissen und Verwertungszwängen des amerikanischen Imperialismus unauflöslich verknüpft. Dies Führungsposition die Restauration macht nicht nur seine besondere Rolle im Vergleich zu den anderen imperialistischen Sekundärmächten aus, sondern hat auch die Geschichte der Bundesrepublik in ihren wirtschaftlichen, politischen und iedeologischen Erscheinungsformen entscheidend geprägt.

In der Diskussion der westlichen Alliierten über das künftige Schicksal Deutschlands sind zwei Konzeptionen zu identifizieren: die eine, zunächst vorherrschende, vor allem von Frankreich und England vorgetragene Konzeption sah in der deutschen Niederlage die willkommene Gelegenheit zur endgültigen Ausschaltung eines imperialistischen Rivalen. In dieser Konzeption spiegelt sich das Verständnis einer heilen imperialistischen Welt, wie sie noch nach dem ersten Weltkrieg zu bestehen schien des Kommunismus die zur Sicherung Diese Konzeption ist sozusagen die Wiederholung und lineare Verlängerung jener Konzeption, die nach dem ersten Weltkrieg zum Versailler Vertrag führte.

Die andere Konzeption setzte sich nach längeren Auseinandersetzungen in den Vereinigten Staaten durch. Sie berücksichtigt die entscheidende Veränderung in der weltpolitischen Situation, die durch den entscheidenden Beitrag der Ro-nischen Imperialismus, um der Siten Armee zum Sieg über Deutschlang ein-cherung des Gesamtsystems willen getreten war. Sie berücksichtigte weiterhin die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten mit dem zweiten Weltkrieg endgültig zur imperialistischen Führungsmacht aufgestiegen war und daß ihr diese Rolle besondere Verpflichtungen

in Bezug auf die Garantie des imperialistischen Systems in seiner Gesamth. auferlegte. Die Vereinigten Staaten rechtfertigten ihren Fahrungsanspruch, indem sie ihre Konzeption gegen die englischen und französischen Vorstellungen durchsetzten.

Diese Konzeption verzichtete um der Si cherung des Bestandes des imperialist schen Systems willen auf den kurzfristigen Erfolg, der in der Ausschaltung eines imperialistischen Rivalen gelegen hätte. Angesichts einer entscheidenderen Bedrohung als der durch den Faschismus proklamierten die Vereinigten Staaten die Einheit des westliche Systems und zogen daraus die praktischen Konsequenzen. Indem die Vereinigten Staaten kraft ihrer des Kapitalismus in Westdeutschland erzwangen, zementierten sie diese Führungsposition und machten damit England und Frankreich endgültig zu imperialistischen Sekundärmächten. Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Japan wäre unter ähnlichen Aspekten zu untersuchen.

Zusammenfassend läßst sich ægen: die Vereinigten Staaten, die aus dem zweiten Weltkrieg als imperialistische Führungsmacht hervorgingen, sahen zunächst im "roll back", später - nach der Erkenntnis der Dauerhaftigkeit der Umwälzungen sowohl in Osteuropa als auch in Ostasien (China und Korea) - in der "Eindammung" ihrer Führungsposition notwendige Aufgabe. Sie sahen sich zu diesem Zweck gezwungen, den westeuropäischen Ländern umfassende wirtschaftliche Hilfe zu leisten und ihnen dadurch den Wiedereintritt in die kapitalistische und imp**e**rialistische Konkurrenz zu erleichtern bzw. zu ermöglichen.

Aus der Entscheidung des amerikaauf die Ausschaltung des deutschen Rivalen zu verzichten, leitet sich die ambivalente Stellung des westdeutschen Imperialismus gegenüber dem amerikanischen her.

Num einen ist das kapitalistische System der Bundesrepublik noch immor, insbesondere was seine Intersen in der dritten Welt angeht, vollig auf die machtpolitische Absicherung durch die Vereinigten Staaten angewiesen. Die Tatsache, daß Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg über keinerlei machtpolitisch abgesicherte Einflußsphären in der dritten Welt verfügte, .mache Absatz- und Kapitalinvestitionsinteresse des bundesrepublikanischen Kapitals völlig von der Bereitschaft der USA abhängig, in den Gebieten, in denen die USA die Nachfolge des englischen und französischen Imperialismus angetreten hatte, die deutsche Konkurrenz zuzulassen. Diese Abhängigkeit hat jedoch auch ihre Kehrsei-

Sowohl Frankreich als auch England hat-den Konzeptionen findet zur Zeit, quasi ten ihren Kolonialbesitz über den zweiten Weltkrieg hinüberretten können. Die beiden Länder verfolgten zur Sicherung dieses Besitzes und der darin festliegenden Kapitalien und Interessen verschiedene Strategien. Frankreich sah sich nach verlustreichen und kostspieligen Kriegen in Indochina und Algerien ser Interessen und die Entwicklung gezwungen, die amerikanische Hegemonie in der dritten Welt anzuerkennen; der amerikanische Imperialismus trat seine Nachfolge an. Immerhin ermöglichte jedoch die erzwungene Liquidierung aller eigenständigen imperialistischen Ambitionen den rechtzeitigen Eintritt in dieschen Kapitals und aller von ihm ab-EWG und eröffnete hier die Möglichkeit, hängiger Schichten am Überleben des in beschränkterem Rahmen noch einmal ei-kapitalistischen Systems in seiner ne führende Rolle zu spielen. England dagegen, kurzfristig geschickter, verschaffte sich als Ausgleich für den Rückzug aus seinen Kolonien die Möglich-läßt sich der Sammlungscharakter der keit zu langfristiger wirtschaftlicher Einflußnahme im Commonwealth und verbandschaftliches und ideologisches Prodamit die Illusion, parallel zu den Vereinigten Staaten ein eigenständiges imperialistisches System vertraglich und militärisch abgesicherter Abhängigkeiten aufrecht erhalten zu können. Die jezzige Bereitschaft zum Eintritt in die EWG verrät die Erkenntnis, daß diese Bestrebungen illusionär waren und macht- wie militärpolitisch nicht mehr abgesichert werden können.

Die Bundesrepublik dagegen war von keinerlei Beschränkungen dieser Art behindert. Sie hatte nichts mehr zu liqui-<mark>dieren, brauchte</mark> daher weder Rücksich-

ten noch Anstrengungen auf sich zu nehmen. Es erscheint symptomatisch, daß die wichtigsten Kapitalinteressen der Bundesrepublik in Indien, Pakistan und Brasilien liegen, sämtlich Länder, in denen der amerikanische Imperialismus die Nachfolge des englischen angetreten hat. Die Bundesrepublik erntete, wo andere gesät hatten, und unter der machtpolitischen Sicherung durch die USA erntete sie so überreichlich, daß die Fræge der Konkurrenz und Abhängigkeit gegenüber den USA zum Problem zu werden droht, wenn nicht schon zum Problem geworden ist.

II. These:

Um die Vertretung der Interessen den fortgeschrittensten Teile des deuts Kapitals bemühen sich zwei Konzeptionen: die eine wird vertreten von der SPD, die andere von der CSU. Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiauf einem Manöverfeld, in der FDP statt.

Wenn wir diese Interessen in ihrer kurz- wie in ihrer langfristigen Bedeutung einschätzen wollen, sind wir kezwungen, die Entwicklung dieihrer Bedürfnisse in der Geschichte der Bundesrepublik zu untersuchen.

Die Entscheidung der USA für die Restauration des westdeutschen Kapitalismus traf zusammen mit dem Interesse sämtlicher Teile des deut Gesamtheit. Gegenüber diesem Interesse mußten alle Einzelinteressen zurückstehen. Auf dieses Interesse CDU/CSU zurückführen, deren wirtgramm getragen ist von der liberalen Marktwirtschaft, die allen Interessen entgegenkam, solange der Absatzmarkt Bundesrepublik noch nicht ausgeschöpft war, von der einigenden Ideologie des Antikommunismus und van einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die in Gestalt des Philosemitismus und der Wiedergutmachung moralisch gefaßt und jeder Bezugnahme auf die ökonomischen Ursachen des Nationalsozialismus entkleidet werden konnte.

Im selben Maß, in dem der Bestand des kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik gesichert schien, in dem darüberhinaus die zaghaften antikapitalistischen Bestrebungen der Nachkriegszeit mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes endgültig abgewehrt waren, in eben dem Maße beginnen die Interessen der fortgeschrittensten, über den deutschen Markt hinausstrebenden Teile des Kapitals in der Bestimmung der Außenpolitik hervorzutreten. Der Ubergang von der Konzeption der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Absicherung gegenüber der kommunistischen Bedrohung des Systems zur Konzeption einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschott scheint genau den Zeitraum anzugeben, in dem sich diese Interessen durchzusetzen beginnen. Insbesondere die Geschichte des Osthandels, der Entwicklungshilfe wie auch der Nahostpolitik wäre unter diesem Aspekt zu untersuchen. Der langwierige Kampf um die Ablösung der liberalen Marktwirtschaft schließlich weist auf die strukturellen Schwierigkeiten hin, an deren Lösung sich der innenpolitische Kampf der Interessen entzündete.

Die Auseinandersetzung zwischen diesen Interessen ist nicht als ein pluralistisches Nebeneinander zu verstehen. Es handelt sich hier vielmehr um die Durchsetzung derjenigen Produktionsund Zirkulationsbedingungen, die den for geschrittensten Teilen des Kapitals durch die imperialistische Konkurrenz aufgezwungen werden und tendenziell, bei Strafe des Untergangs, zur Richtschnur für alle kapitalistische Produktion werden müssen. Diese Bedingungen lassen sich behelfsweise in dem Begriff "monopolistische Produktion" zusammenfassen: Zwang zu Konzentration und Zentralisierung, langfristige Kalkulation der Lohnkosten, Durchrationalisierung der Arbeitsorganisation, geplante und organisierte Qualifikation der Produzenten. Es kann hier nicht darum gehen, in die überall geführte Diskussion über diese Punkte einzugreifen; es geht lediglich darum, den Stellenwert dieser Diskussionen deutlich zu machen.

Einen Hinweis auf die Geschichte der Durchsetzung dieser Interessen innerhalb der Bundesrepublik gegenüber rückständigen Teilen des Kapitals

würde wahrscheinlich eine Untersuchung der Subventionenpolitik der verschiedenen Bundesregierungen liefern, an der aufzuzeigen wäre, wie sich das Verhältnis gegenüber diesen rückständigen Teilen des Kapitals (als Beispiel wäre die Textilindustrie oder die Landwirtschaft zu nennen) verändert, von der Behandlung und Berücksichtigung als gleichstarke Gegner, über die bloße Beschwichtigung bis hin zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Zweige selbst in derart starkem Maße von den monopolistischen Produktionsbedingungen durchsetzt beziehungsweise im Zuge der Diversifikation unter direkten Einfluß der fortgeschrittensten Kapitalteile geraten sind, daß ihre Reste ohne großes Federlesen dem Untergang preisgegeben werden können.

Die Durchsetzung der forgeschrittensten Produktionsbedingungen stößt weiterhin auf Schwierigkeiten, die in
der gesellschaftlichen Struktur der
Bundesrepublik angelegt sind. Die
Hindernisse, die sich in der Struktur des Ausbildungssektors für die
geplante und organisierte Qualifikation der Produzenten auftürmen, bieten ein bezeichnendes Beispiel.

Zusammenfassend ist festzustellen: in Bezug auf die Realisierung des Mehrwerts stehen die fortgeschrittensten Teile des Kapitals zwei Problembereichen gegenüber: zum einen der Tatsache, daß die Bereitschaft der USA, um der Erhaltung des Gesamtsystems willen den westdeutschen Kapitalinteressen Spielraum zu geben, in Widerspruch zu dem wachsenden Eigengewicht des westdeutschen Imperialismus steht. Das kurzfristige Interesse des westdeutschen Kapitalismus, wie es in der Konzeption der CSU zum Ausdruck kommt, läge in dem Versuch, sich auf Kosten der USA, unter Umständen im Bündnis mit Frankreich eine stärkere Position zu verschaffen, gestützt auf einen aggressiven und autoritären Nationalismus, dessen Autarkieziele zweierlei Zwecken zu dienen hätten: zum einen der Sammlung aller rückständigen und in ihrer Existenz bedrohten, an einer Abschirmung des deutschen Marktes interessmerten, potentiell traditionell-faschistischen Schichten, zum anderen der macht- und rüstungspolitischen Selbständigkeit, die für eine selbständige Rolle im

Rahmen des imperialistischen Systems Voraussetzung ist.

Der zweite Problembereich liegt in der Schaffung der materiellen und ideologischen Bedingungen, die unabdingbare Voraussetzung dafür sind, daß sich der westdeutsche Imperialismus langfristig gegenüber dem amerikanischen Imperialismus behaupten kann, ganz zu schweigen von der Möglichkeit, eine selbständige Rolle zu spielen. In der Konzentration auf diesen Problembereich, in der langfristigen Sicherung der bestehenden Position unter Anerkennung der amerikanischen Führungsrolle besteht die Konzeption der SPD/FDP-Regierung.

Die in dieser Konzeption zum Ausdruck kommende Einschätzung der weltpolitischen Situation kann sicherlich als realistischer bezeichnet werden als die der CSU; damit ist jedoch noch nicht das Mindeste darüber gesagt, welche dieser Konzeptionen kurz- oder langfristig den Sieg davontragen wird. Beide Konzeptionen stehen unter Legitimationsschwierigkeiten. Die SPD/FDP-Regierung bedarf der Loyalität aller fortschrittlich und progressiv Gesinnten; das heißt: sie muß in der Lage sein zu garantieren, daß ihre Politik

zur langfristigen Sicherung der fortgeschrittensten Kapitalinteressen nichtterielle Elend, ist erkauft durch die mit der Rechtsstaats- und Parlamentarismus-Ideologie ihrer Wähler in Konflikt gerät. Sie muß sich als fähig erweisen, die vage Einsicht in großen Teilen der Bevölkerung, daß Reformen notwendig sind, einzubringen in eine Reformpolitik, deren Grenzen ständig von den Interessen der fortgeschrittensten Kapitalteile bestimmt werden, und sie muß sich zugleich das Vertrauen dieser Kapitalinteressen erwerben.

Die CSU ihrerseits ist darauf angewiesen, sich die Loayalität der rückständigen Kapitalinteressen und der von ihnen abhängigen Schichten zu bewahren. Erst eine ganauere Untersuchung dieser Schichten und ihres Gewichts wird realistischere Prognosen erlauben.

III. These:

Die Erarbeitung einer langfristigen revolutionären Strategie erzwingt die

Einbeziehung und inhaltliche Vermittlung des Widerspruchs von Imperialismus und Anti-Imperialismus in die nationale Ausprägung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital.

Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit es fir die Bestimmung der Rolle des Proletariats in den Industriemetropolen ausreichte, wenn Engels den privilegierten Schichten des englischen Proletariats vorwarf, daß sie "von dem Weltmarktund Kolonialmonopol Englands flott mitzehren", und wenn Lenin, an Engels anknüpfend, feststellt: "Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht nur China bedeutet, der monopolistisch hoh fite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die wirtschaftliche Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus." Diese Bestimmung ist sicherlich zu einseitig. Sie zeigt jedoch die Dimensionen auf, in denen wir zu denken haben. Auf die heutige Situation bezogen können will von zwei Tatsachen ausgehen:

1. Das Fehlen massenhaften materiellen Elends in den Industriemetropolen ist erkauft durch das massenhafte ma-Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder.

2. Für die Bestimmung möglichen 🏾 senbewußtseins in den spätkapitalistischen und neoimperialistischen Ländern ist das Fehlen massenhaften materiellen Elends ein konstituierender Faktor.

In den vor uns liegenden Auseinandersetzungen über unser praktisches und organisatorisches Verhältnis zur Arbeiterklasse werden wir eben diesen Zusammenhang zu berücksichtigen haben.

(Meino Büning im Auftrag des Redaktionskollektivs der roten texte)

ORGANISATION UND GEWALT

Die Frankfurter Kambodscha-Demonstration ist von den vorbereitenden und teilnehmenden Gruppen unter anderem auch deshalb als ein Schritt vorwarts bezeichnet worden, weil sie diszipliniert abgelaufen sei und damit auch einen organisatorischen Fortschritt angezeigt habe. Dies ist sicherlich richtig; aber dennoch müssen wir feststellen, daß wir unsere Forderung nach Disziplin inhaltlich nur auf sehr allgemeiner Ebene begründen konnten. Unsere Erklärungen haben - ihrer Allgemeinheit wegen - in der Frankfurter Bewegung Mißverständnisse hervorgerufen oder begünstigt, die insndere in der Diskussion über die Einheitsfront mit den Revisionisten relevant geworden sind. Diese Mißverständnisse müssen diskutiert und geklärt werden, wenn der organisatorische Fortschritt der Kambodscha-Demonstration nicht eine Eintagsfliege bleiben soll.

I.

Weshalb zwei Demonstrationen, wenn sie sich in den Augen der Bevölkerung doch nicht unterscheiden, wenn die eine genauso lahm und ostermarschähnlich ist wie die andere? Dann doch lieber gleich die Einheitsfront gegen die amerikanische Aggression. Dieser Gedanke, der in der letzten Wochen sinngemäß von vielen Genossen vorgetragen wurde, verrät einiges über unser antirevisionistisches Selbstverständnis: In unserer eigenen Vorstellung unterscheiden wir uns von den Revisionisten nur durch unsere Kampfbereitschaft. Und ganz konsequent folgt daraus die Befürchtung: wenn wir nicht mehr bereit sind, Gewalt anzuwenden, dann sind wir auf dem besten Weg, selbst zu Revisionisten zu werden.

So einfach können wir es uns nicht machen. Niemand wird behaupten können, die deutschen Revisionisten seien grundsätzliche Gegner der Militanz. Dies wäre erstens eine Beleidigung für die Opfer, die die

deutschen Kommunisten im antifaschistischen Kampf gebracht haben, und es hieße zweitens außer acht zu lassen, daß die Revisionisten auch heute grundsätzlich bereit sind, Gewalt anzuwenden wenn es gegen die Rechten geht, wenn es in der Tradition des antifaschistischen Kampfes liegt. Den Revisionisten ist nicht ihr Mangel an Kampfbereitschaft vorzuwerfen, sondern ihre bewußte Entscheidung, gegen wen sie zu kämpfen bereit sind und gegen wen sie nicht zu kämpfen bereit sind. Dies ist jedoch keine Frage, die in der Diskussion über Kampfmethoden zu beantworten ist; es handelt sich vielmehr um eine inhaltliche Frage, deren Lösung wir organisiert zu erarbeiten haben.

Die Kamobodscha-Demonstration hat diese Frage konkret gestellt und sich hierin von unseren früheren antiimperialistischen Aktionen unterschieden. In diesen früheren Aktionen hat sich die Frage nach unserem Verhältnis zu den Revisionisten niemals praktisch gestellt. Die unterschiedliche Beurteilung der anzuwendendKn Kampfmethoden trat hinter dem gemeinsamen Gefühl moralischer Entrüstung zurück. Nur aus der Frage der Kampfmethoden ließen sich keine Kriterien gewinnen, mit denen Bündnisse zu rechtfertigen oder abzulehnen waren. Die Kambodscha-Demonstration hingegen wurde geplant und vorbereitet als theoretische und praktische Kritik an eben jenen perspektiv- und prinzipienlosen Mobilisierungsmethoden früherer Massenveranstaltungen. Zum ersten Mal wurde eine Demonstration nicht nur unter dem Aspekt vorbereitet, wie man eine möglichst massenhafte und möglichst "wirksame" (das heißt scheibenbrechende) Solidaritätsbekundung für die kämpfenden Völker der dritten Welt "organisieren" könne, sondern auch unter dem Aspekt, welche organisatorischen Bedeutung eine derartige Demonstration für unsere eigene Situation hat. Das heißt konkret: wer sind die Adressaten unserer Agitation, und inwieweit sind

wir in der Lage, ihnen in unserer Agitation die Inhalte unserer Demonstration mit einer Organisationsperspektive zu vermitteln. Die Diskussion dieser Frage hat dazu geführt, daß der erwogene Plan, die Agitation auch auf Volksschüler auszudehnen, aufgegeben wurde; ähnlich hat die Frage der Agitation vor Betrieben Probleme aufgeworfen, die während der relativ kurzen Vorbereitungszeit nicht geklärt werden konnten. Vor allem wurde jedoch klar, daß wir die Frage des Imperialismus nicht länger trennen können von unserer eigenen Organisationspraxis, daß die Trennung zwischen dem Spezialistentum einiger Experten und dem moralischen Anti-Imperialismus der Bewegung in der Organisation aufgehoben werden muß. Jeder Gedanke daran, daß dies über Nacht geschehen könne, ist illusionär: unsere im Folgenden abgedruckten Beiträge zum Kambodscha-Teach-in markieren daher lediglich den Versuch, die Diskussion dieser Notwendigkeit einzuleiten. Aber gerade aus der Einsicht in diese Munigkinkknik Notwendigkeit erwies sich die Unmöglichkeit, mit den Revisionisten eine Einheitsdemonstration zu veranstalten; es gibt in dieser Frage keine Gemeinsamkeit mit "Revolutionären", die ihren moralischen Protest gegen die amerikanische Aggression ohne Schwierigkeiten mit der Duldung, ja der Unterstützung der SPD und der Gewerkschaften vereinbaren können. Dieser Ansatz zu einer inhaltlichen Klärung unserer Stellung zu den Revisionisten, dieser Beginn der inhaltlichen Klärung unseres eigenen Organisationsverständnisses muß als ein Erfolg der Kambodscha-Demonstration angesehen werden. Es gibt noch einen weiteren.

II.

Es ist vielen Frankfurter Genossen sehr peinlich, daß die Frankfurter Kambodscha-Demonstration im Gegensatz zu den meisten Demonstrationen in anderen Städten, insbesondere in Berlin, diszipliniert und fast gewaltlos verlief. Dieses Peinlichkeitsgefühl wird noch dadurch verstärkt, daß die "FR" - ob der in ihren Augen unterschiedslosen Disziplin beider Demonstrationen leicht verdutzt - den Sieg der bürgerlichen "Vernunft" gekommen wähnte und den "Erfolg" der Demonstration auf die "Einsicht" aller Beteiligten, einschließlich der Bullen und ihres Oberpsychologen, zu-34

rückführte. Den Bullen sei das
Lob gegönnt; was das Lob für unsere "Einsicht" angeht, so ist
das für uns weder gut noch schlecht,
sondern verrät lediglich die Unfähigkeit bürgerlicher Journalisten, etwas zu verstehen, wofür
ihnen die Kategorien fehlen.
Aber das ist schließlich keine
große Neuigkeit und absolut kein
Grund, unsere Aktionen an den
bürgerlichen Kategorien der Journaille auszurichten.

Wonach haben sich unsere Aktionen zu richten? In welchem Verhältnis steht die Gewalt, die wir anwenden oder nicht anwenden, zu den Zielen, die wir erreichen woll

Organisation und Gewalt gehören im revolutionären Kampf zusammen; unser Verhältnis zur Organisation muß falsch sein, wenn wir nicht gleichzeitig unser Verhältnis zur Gewalt einbeziehen, und umgekehrt.

In der Geschichte revolutionärer
Massenbewegungen treten uns mehrere Formen von Gewalt entgegen; und
wenn sich diese Formen der Gewalt
auch nicht systematisieren lassen,
so gibt es doch einen Unterschied,
über den wir uns Klarheit verschaffen müssen: den Unterschied
zwischen der spontanen, in bestimmtem Sinne blinden und bewußtlosen
Gewalt rebellierender Massen und
der organisierten und bewußter
walt des bewaffneten Kampfes um
die Macht.

III.

Die reinste Ausprägung dieser beiden Pole revolutionärer Gewalt bietet uns die Geschichte der chinesichen Revolution. Wir sehen einerseits die Gewalt der Bauernmassen. wie sie von Mao Tse-tung in seinen "Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan" dargestellt wird, und wir sehen zum zweiten den bewaffneten und im höchsten Maße organisierten Kampf um die Macht. Dazwischen liegen dreißig Jahre. Aber wenn wir von "bewußtlosem" und "Blindem" Kampf sprechen, ist dieser Zeitraum zu kurz bemessen. Die Bauernbewegung in Hunan war spontan, aber sie war weder "blind" noch "bewußtlos". Sie zeigte in ihrem Kampf gegen die Großgrundbesitzer, in ihren Maßnahmen, in ihren Methoden ein hohes Maß von Bewußtheit, verglichen mit dem Bewußtsein der rebellierenden Bauern während des Taip'ing-Aufstandes 70 Jahre zuvor - ein Unterschied im Bewußtsein, der dem Bewußtseinsfortschritt der russischen Arbeiter von ihrer maschinenstürmerischen Phase in den 50er und 60er Jahren bis hin zur "ökonomistischen" Phase Mitte der 90er Jahre entspricht. Das heißt: von "Bewußtlosigkeit" läßt sich nur sprechen, wenn man das Bewußtsein der gewaltsam rebellierenden Massen am historisch möglichen Bewußtseinsstand mißt.

Nur in diesem Sinne war die Gewalt der Bauernbewegung von Hunan bewußtlos. Sie war bestimmt von der Erkenntnis eines Widerspruchs: des Widerspruchs wischen Großgrundbesitz und Bauern-Assen, und der Grad ihrer Organisation war bestimmt von der Möglichkeit und der Notwendigkeit, diesen Widerspruch aufzuheben. Die räteähnliche Organisation der Bauernbewegung war jedoch aus eigener Kraft nicht in der Lage, den für die chinesische Revolution entscheidenden Widerspruch zwischen China als Nation und dem japanischen Imperialismus zu erkennen und in ihrer Strategie zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund waren Gewalt und Organisation der Bauernbewegung von Hunan bewußtlos.

Sie war noch in einer anderen Hinsicht bewußtlos. Ihre instinktive Kenntnis der richtigen Maßnahmen und Methoden im Kampf gegen die Großgrundbesitzer, hre Fähigkeit, den Gegner richtig zu identifizieren, verdankte die Bauernbewegung nur ihrer sinnlichen Erfahrung jahrhundertelanger Unterdrückung. So war es kein Zufall, daß vor allem die armen Bauern, die dieser Unterdrückung am schärfsten ausgesetzt gewesen waren, im Kampf gegen den Großgrundbesitz die vorwärtstreibende und entschlossenste Kraft bildeten. Aber eben hier liegt die entscheidende Beschränkung einer spontanen Rebellion.

Selbst wenn die Bauernbewegung aus sich selbst heraus hätte die Machtfrage stellen und siegreich beantworten können - sie wäre gerade in ihren entschlossensten Teilen unfähig gewesen, ihre Macht so einzusetzen, daß auch nur der Widerspruch zwischen Großgrundbesitz und Bauernmassen hätte aufgehoben werden können. Die Kampfbereitschaft und re-

volutionäre Entschlossenheit der vorwärtstreibenden Elemente der-Bauernbewegung hätte aus Mangel an einer theoretischen Perspektive kein Ziel finden können - oder genauer: sie hätte ihr Ziel nur in sich selbst finden können, im Terror. Die Gewalt, als der "Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht" (Marx), setzt in den gewalttätigen Massen ungeheure Kräfte frei; die Fesseln der Apathie, der Lähmung, der Resignation, des Sich-Abfindens mit den herrschenden Verhältnissen werden gesprengt. Aber gerade weil die Erfahrung der Befreiung mit der Erfahrung der Gewalt einhergeht, neigen die entschlossensten, an ihrer Befreiung am stärksten interessierten Individuen dazu, Befreiung und Gewalt zu identifizieren, Befreiung in der Gewalt zu suchen, sobald ihr Bewußtseinsstand ihnen Grenzen für eine langfristige Perspektive setzt. In der terroristischen Gewalt des theorien- und perspektivlosen Rebellen äußert sich der Wiederholungszwang der Befreiungserfahrung, die Unfähigkeit, die eigenen Erfahrungen zu objektivieren.

Die theoretische Perspektive konnte von den Bauernmassen Hunans nicht aus ihrer sinnlichen Erfahrung heraus entwickelt werden; zur Interpretation, zur strategischen Bestimmung, zur Objektivierung ihrer sinnlichen Erfahrungen bedurften sie der Organisation: der Kommunistischen Partei Chinas. Aber gerade die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas beweist, daß die bloße Existenz der Organisation als formaler Institution die Erfüllung dieser Funktion noch nicht garantiert. Es bedurfte schwerster Niederlagen, heftigster Fraktionskämpfe und eines im besten Sinne des Wortes unbefangenen Verhältnisses gegenüber dem Marxismus-Leninismus, ehe die Kommunistische Partei Chinas ihr Verhältnis zu den verschiedenen Klassen klären, das revolutionäre Subjekt erkennen und mit ihm verschmelzen, die bewußtlose Empörung der chinesischen Massen in den bewußten und organisierten Kampf um die Macht überführen

konnte. Mit der Verkundung eines Organisationsstatuts war das nicht zu erreichen.

IV.

Natürlich bezeichnet die Kambodscha-Demonstration für Frankfurt nicht den Punkt, an dem bewußtlose Gewalt in den bewußten und organisierten Kampf um die Macht umgeschlagen wäre. Davon könnte man auch dann nicht reden, wenn es in Frankfurt ormanisierte Kommandounternehmen nach "883"-Muster gäbe - organisierte Gewalt ist noch längst nicht bewußte Gewalt, geschweige denn Kampf um die Macht. Die Kambodscha-Demonstration bezeichnet jedoch den Punkt, von dem ab die anzuwendende Gewalt nicht mehr von den individuellen Befreiungsinteressen der in den Gruppen versammelten Einzelpersonen bestimmt wird, sondern von dem Interesse der sich entwickelnden Organisation als politischem Subjekt.

Die Identität eines jeden einzelnen von uns ist in unterschiedlichem Maß von der befreienden Erfahrung der Gewalt bestimmt, beruht auf ihr als einem konstituierenden Moment, ist Ergebnis des gewaltsamen Abschüttelns der Fesseln, die uns an Familie, Schule, Universität, Gesellschaft ketteten. Die freiwillige Aufgabe dieses Moments von individueller Identität kann von niemandem verlangt werden, wenn ihm nicht gleichzeitig die theoretische und præktische Perspektive geboten wird, um die Energien, die er zur eigenen Befreiung einzusetzen bereit ist, in einen organisierten Arbeitszusammenhang einzubringen. Dieser organisierte Arbeitszusammenhang bedeutet allerdings mehr als eine formale Organisationshulse, die von ihren Novizen nicht das Einbringen, sondern die Verdeugnung ihrer Identität fordert.

Wenn die Bedeutung der Kambodscha-Demonstration darin lag, daß sie als "praktische und theoretische Kritik an den perspektiv- und prinzipienlosen Mobilisierungsmethoden früherer Massenveranstaltungen vorbereitet und geplant wurde", daß eine Demonstration "zum ersten Mal auch unter dem Aspekt vorbereitet wurde, welche organisatorische Bedeutung sie für unsere eigene Situation hat", dann bezeichnet die solidarische Bereitschaft der vorbereitenden und teilnehmenden Gruppen zur Disziplin gleichzeitig ihre Bereitschaft, an der Erarbeitung einer theoretischen und praktischen Perspektive für die künftige Organisation teilzunehmen und die individuellen und Gruppeninteressen hinter dieser Aufgabe zurücktreten zu lassen. Die freiwillige Disziplin der vorbereitenden und teilnehmenden Gruppen bedeutete - wenn auch unartikuliert - die Absage am die Vorstellung, die massemhafte und spontane befreiende Gewalt des revolutionären Subjekts könne voluntaristisch durch unsere stellvertretende Gewalt ausgelöst und hervorgerufen werden.

Von den Genossen, die auch amsatzweise noch nicht an der Erarbeitung einer Organisationsperspektive mitarbeiten, können wir Disziplin als Ausdruck von Organisationsbewußtsein nicht fordern; wir können jedoch von ihmen fordern, daß sie ihre imdividuellen und egoistischen Befreiungsinteressen nicht länger rationalisieren, sei es mit dem Hinweizauf so pseudo-revolutionare Phrasen wie "Gegengewalt" oder "demon-strative Gewalt", sei es gar unter dem Deckmantel der "praktischen Solidarität mit den kämpfenden Völkern der dritten Welt". Wir sind nicht bereit, uns durch Aktionen wie die Baader-Befreiung unter Loyalitätszwang stellen zu lassen.

Meino Büning

NEUERSCHEINUNG 20 DM

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution